

Bei uns in
NRW

Das Magazin der CDU Nordrhein-Westfalen

Ausgabe 02/2021

www.cdu.nrw

Einzelpreis 2,50 €

***Kanzler für
Deutschland.***





Sicherheit ist, sich rundum geborgen zu fühlen. Am besten ein Leben lang.

Seit über 100 Jahren begleiten wir unsere Kunden als verlässlicher Partner für alle Versicherungs- und Finanzfragen durch ihr Leben. Mit maßgeschneiderten Dienstleistungen, erstklassigem Service und persönlicher Beratung. Und das alles selbstverständlich direkt in Ihrer Nähe. Denn darauf können Sie sich bei SIGNAL IDUNA verlassen: dass wir immer für Sie da sind.

www.signal-iduna.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen

Liebe Leserinnen und Leser,

nächsten Monat ist es soweit: bei der Bundestagswahl am 26. September und der schon jetzt anlaufenden Briefwahl entscheiden die Bürgerinnen und Bürger über die politische Ausrichtung unseres Landes in den kommenden vier Jahren.

Selten hat eine Bundestagswahl in einer so schwierigen Zeit stattgefunden wie in diesem Jahr. Deutschland, Europa und die Welt stehen inmitten des Klimawandels und der durch die Corona-Pandemie ausgelösten Krise an einem Scheidepunkt. Die neue Bundesregierung wird zeitnah Antworten auf existenzielle Fragen geben müssen: Wie gestalten wir eine schnellere und zugleich sozialverträgliche Energiewende? Wie stärken wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Wie ermöglichen wir unserer Wirtschaft eine prosperierende Zukunft? Kann Deutschland Vorreiter bei der Energiewende werden und gleichzeitig seinen hart erarbeiteten Wohlstand als Industrieland behalten?

CDU und CSU haben vor zwei Monaten ein gemeinsames Wahlprogramm vorgelegt, mit dem wir noch einmal klar gemacht haben, dass wir als Union bereitstehen, um Antworten auf diese und viele andere Fragen zu geben. In unserer Geschichte ist es nicht das erste Mal, dass wir vor großen Herausforderungen für unser ganzes Land gestanden haben. Von Konrad Adenauer über Helmut Kohl bis hin zu Angela Merkel hat die Union unter starken Bundeskanzlern stets Verantwortung übernommen und gesellschafts- wie weltpolitisch schwierige Probleme gelöst. Durch jede Krise, die es gegeben hat, haben wir unser Land gut hindurch und in eine

bessere Zukunft geführt. Ich will als Bundeskanzler dafür sorgen, dass das so bleibt.

Und so liegt es auch im Jahr 2021 an uns, Verantwortung zu übernehmen und die vor uns liegenden Herausforderungen anzugehen. Unser Land braucht gerade in der Krise eine realistische, an konstruktiven Lösungen orientierte Politik. Dafür steht niemand anderes mehr ein als CDU und CSU. Als Volkspartei haben wir die Interessen aller gesellschaftlichen Gruppen im Blick, setzen beim Weg in eine klimafreundliche Zukunft auf Innovationen und Anreize und sehen Deutschland als treibende Kraft für Frieden und Zusammenarbeit in der Mitte Europas.

Umso mehr bitte ich Sie an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich: Werben Sie bei Familie und Freunden, in der Nachbarschaft und am Arbeitsplatz für unsere CDU! Lassen Sie uns gemeinsam in den kommenden Tagen und Wochen vollen Einsatz zeigen, um auch in den nächsten vier Jahren an einer guten Zukunft für unser Land mitarbeiten zu können!

Herzliche Grüße

Olaf Scholz

Inhalt



Laschet trifft

4 Sophia Thomalla

Topthema

8 Nordrhein-Westfalen-Koalition: Erfolgreiche Arbeit für unser Bundesland – Erfolgreich für Deutschland

LVV

11 Zusammenhalt ist unser Antrieb“ – Armin Laschet ist Spitzenkandidat für die Bundestagswahl 2021

JU

12 Die Junge Union Nordrhein-Westfalen startet in den Bundestagswahlkampf!

Gastbeitrag

14 Herbert Reul: Katastrophenschutz neu denken

Im Visier

18 Paul Ziemiak: Stark aus der Krise – Warum die Bundestagswahl zur Richtungs- wahl für Deutschland wird

Rubriken

- 1 Vorwort
- 2 Impressum
- 3 Meldungen
- 16 12 Fragen an Michaela Noll
- 17 12 Fragen an Catarina dos Santos
- 20 Schlussgedanken: Hovenjürgens Ansage!

Zwischen den Seiten 10 und 11 finden Sie eine neue Ausgabe „Landtag aktuell“.

Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.

Auf zwölf Seiten finden Sie Informationen über aktuelle Vorhaben, Initiativen und Anträge der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag.

Digitale Landestagung der CDA NRW 2021 – klare Botschaften und Delegiertenwahlen

„Gute Arbeit, starke betriebliche Mitbestimmung, ordentliche Tarifverträge und anständige Löhne – das muss NRW und Deutschland ausmachen.“

Grundbedürfnis. Und wenn Arbeitnehmer über 50 Prozent vom Lohn für Wohnraum zahlen müssen, sprengt das in bestimmten Situationen jede Vorstellungskraft.“

Deutliche Worte fand Dennis Radtke in seinem Bericht zur organisatorischen Arbeit der NRW-CDA in pandemischen Zeiten. Er betonte die Wichtigkeit von Industriearbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen, „denn mit mehr Logistik wird kein Wohlstand in der Breite gebildet“. Zum gescheiterten Mietendeckel äußerte er sich ebenso klar: „Wir müssen jetzt aber auch eine Antwort geben: Bezahlbarer Wohnraum darf nicht jeder Energieeffizienz zum Opfer fallen. Wohnraum muss auch angemessen sein, es ist ein menschliches

Durch die drei Wahlgänge, die anschließend in den folgenden vierzehn Tagen als Briefwahl durchgeführt wurden, führte seine erste Stellvertreterin, Claudia Middendorf. Nach Pfingsten standen dann die Ergebnisse der Delegiertenwahlen zum Landesparteitag, zur Bundestagung und zum Bundesausschuss fest. Großen Anklang fand zu Beginn der Tagung ein Gedenken an den 76. Jahrestag zum Ende des II. Weltkrieges. Hierzu hatte die Junge CDA einen inhaltlichen Beitrag geleistet. ■



Fotos: Daniel Gütler

29. Landesdelegiertentag der FU NRW

Am 19. Juni 2021 trat der 29. Landesdelegiertentag der Frauen Union Nordrhein-Westfalen in Präsenz zur Neuwahl des Landesvorstandes zusammen. Ina Scharrenbach wurde als Landesvorsitzende mit eindrucksvollen 96,1 Prozent der Delegiertenstimmen im Amt bestätigt. Es war die erste große Präsenzveranstaltung für die Frauen Union Nordrhein-Westfalen seit dem Beginn der Coronapandemie am 16. März 2020.



Fotos: Roland Rochlitzer

In einer engagierten Rede vor den über 230 Delegierten und Gästen ging Ina Scharrenbach auf die Arbeit des Landesvorstandes der Frauen Union Nordrhein-Westfalen seit 2019 ein und sprach ihre Anerkennung gegenüber den kommunalpolitischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sowie den Amtsträgerinnen und Amtsträgern für ihre Arbeit und ihren unerlässlichen Beitrag zur Abwehr von Gefahren für unsere Bevölkerung im Zuge der Coronapandemie aus. Dieser Dank und diese Anerkennung richtet sich auch an die zig Tausend Kommunal- und Landesbeschäftigten, die seit März 2020 – zusammen mit den demokratisch legitimierten Organen – dafür Sorge getragen haben, dass Entscheidungs-

gen des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen zum Schutz der Bevölkerung vor Ort umgesetzt worden sind. Als Stellvertretende Landesvorsitzende wurden Bernadette Böger (Südwestfalen) mit 78,4 Prozent, Elke Duhme (Münsterland) mit 84,9 Prozent, Sonja Fucken-Kurzawa (Niederrhein) mit 71,4 Prozent, Gisela Manderla MdB (Mittelrhein) mit 90,9 Prozent und Barbara Reul-Nocke (Bergisches Land) mit 78,4 Prozent gewählt. ■

Impressum

Herausgeber:
CDU Nordrhein-Westfalen
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
www.cdu.nrw

Autoren:
Henrik Bröckelmann, Lukas Miebach,
Frank Rauer, Günther Schuhmacher,
Dr. Stephan Terhorst

Layout:
Designbüdchen
Patrick Schneider
Nelkenweg 12, 42489 Wülfrath
info@designbuedchen.de
www.designbuedchen.de

Druck und Versand:
Deutsche Post
E-POST Solutions GmbH
Hansestraße 2
37574 Einbeck

V.i.S.d.P.:
Generalsekretär Josef Hovenjürgen

Redaktionsanschrift:
CDU Nordrhein-Westfalen
Redaktion „Bei uns in NRW“
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
Tel.: 0211 13600-0
Fax: 0211 13600-15
E-Mail: bei-uns-in-nrw@cdu.nrw

Bild- und Textredaktion:
Henrik Bröckelmann, André Chahoud,
Olga Hog

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder Illustrationen übernimmt der Verlag keine Haftung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Titelbild: Laurence Chaperon

Laschet trifft ...

... Sophia Thomalla

Überall hört man in diesen Tagen, die Parteien müssten digitaler werden. Für die CDU Nordrhein-Westfalen kein Problem. Spätestens seit Beginn der Corona-Pandemie sind Videoschalten zum Alltag geworden. Auch Veranstaltungen wie beispielsweise der Neujahrsempfang mit Armin Laschet und Markus Söder wurden und werden digital durchgeführt. Um aus der Not eine Tugend zu machen, hat die Landespartei in den vergangenen Monaten in den eigenen Räumen in Düsseldorf ein professionelles Studio eingerichtet. Hier können nicht nur Videoschalten auf hohem Niveau realisiert, sondern auch Veranstaltungen gestreamt, also im Internet übertragen werden. Für eine moderne Partei liegt die wahre Kunst aber wohl am ehesten darin, das Alte mit dem Neuen zu verbinden. Ein Mitgliedermagazin aus echtem Papier, das man in die Hand nehmen kann, ist durch nichts zu ersetzen. Die Eröffnung des neuen Studios ist deshalb Grund genug für den CDU-Landesvorsitzenden Armin Laschet, das seit dem Jahr 2012 bestehende Format „Laschet trifft...“ einmal ins digitale Zeitalter mitzunehmen und das übliche Gespräch mit

einem CDU-Mitglied einerseits aus dem neuen Studio live bei Facebook zu übertragen und andererseits hier im Magazin (in verkürzter Form) wiederzugeben.

Die perfekte Gesprächspartnerin für das außergewöhnliche Format war schnell gefunden: Moderatorin, Model und Start-up-Investorin Sophia Thomalla ist schon ein knappes Jahrzehnt CDU-Mitglied. Ihren Veröffentlichungen und Bildern auf ihrem Instagram-Kanal folgen rund 1,3 Millionen Menschen. Dabei bewirbt die erfolgreiche Influencerin nicht nur Produkte, sondern steht auch für ihre eigene Meinung ein. Sie unterstützte 2017 Bundeskanzlerin Angela Merkel im Bundestagswahlkampf und scheut nicht den Konflikt mit der Öffentlichkeit – beispielsweise als sie das Regierungshandeln in der Corona-Pandemie verteidigte. Als bekannt wurde, dass die 31-Jährige den neuen Kanzlerkandidaten der Union gerne einmal besser kennenlernen würde, hat Armin Laschet sie prompt zu diesem besonderen „Laschet trifft...“-Format eingeladen.

Liebe Sophia Thomalla, wie sind Sie denn eigentlich zur CDU gekommen?

Ich bin schon immer ein sehr politikinteressiertes Mädchen gewesen und auch jahrelang öffentliche Unterstützerin von Angela Merkel. Ich bin der Meinung, dass es viele Prominente gibt, die sich nicht trauen, offen zu sagen, dass sie einer Partei angehören oder eine Partei unterstützen, weil sie Angst vor einem gewissen Gegenwind haben. Ich war nie ängstlich, ganz im Gegenteil, ich habe immer zu dem gestanden, was ich tue. Von daher war das für mich klar zu sagen: Okay, ich bin politikinteressiert, ich weiß, was ich will und ich stehe dazu – warum dann nicht auch Parteimitglied werden?

Und so wurden Sie Mitglied in Gelsenkirchen. Ihr Lebenslauf hat aber nicht in Gelsenkirchen begonnen, oder?

Genau. In Ostberlin. Ich habe bis zu meinem zehnten Lebensjahr in Berlin gewohnt und bin dann ins Ruhrgebiet gezogen für insgesamt zehn Jahre und dann wieder zurück nach Berlin. Ich habe das Ruhrgebiet genossen, aber es war auch irgendwann okay, zurück nach Berlin zu gehen. Dort habe ich dann meine Karriere weiterverfolgt.

Sie werden dieses Jahr 32 Jahre alt, sind 1989 geboren. Sie waren also ein Baby, als die Mauer fiel. Man muss sich manchmal klar machen, dass sogar die Generation, die jetzt ungefähr 30 ist, Mauer und Teilung nur noch durch Erzählungen kennt, aber nicht aus eigenem Erleben.

Das stimmt, aktiv habe ich das nicht miterlebt. Aber an meinen Großeltern oder meiner Mutter merke ich schon noch, dass eine gewisse Ostmentalität bestehen bleibt. Nur weil die Mauer fiel, heißt das ja auch nicht, dass man das westliche Leben sofort schmecken konnte. Ich glaube, meine Mutter und meine Großeltern sind im Herzen richtige „Ossis“. Für mich steht das für eine sehr herzliche Mentalität. In meiner Brust schlagen zwei Herzen. Da ist das Herz des Ruhrgebiets und das Herz Ostberlins. Ich finde, das sind beides sehr herzliche Mentalitäten, den Menschen sehr zugewandt.

Stimmt, die passen gut zusammen. Sie sind bis heute dem Ruhrgebiet-Fußball und Schalke verbunden geblieben. Wie schmerzhaft ist das, dass Schalke jetzt zweite Liga spielt?

Liebe kennt keine Liga. Natürlich ist es schmerzhaft, jetzt in der zweiten Liga zu sein, und am HSV sieht man, dass es dann auch gar nicht so einfach ist, wieder aufzusteigen. Ich hoffe, dass wir dann die darauf-

folgende Saison wieder in der ersten Liga spielen. Sind Sie fußballinteressiert?

Ich bin Fan von Alemannia Aachen. Deshalb weiß auch ich: Liebe kennt keine Liga.

Wie geht es Ihnen mit dem Gedanken, dass Sie bald Kanzler werden könnten?

(lacht) Das ist eine ungewohnte Vorstellung. Natürlich hat man Respekt vor dem Amt. Aber ich glaube, wenn man ein so großes und vielfältiges Land wie Nordrhein-Westfalen regiert, dann ist das schon etwas Ähnliches. Also: Ich freue mich darauf und tue alles, dass es gelingt, aber weiß auch, dass es ein schwieriges Amt ist.

Sind Sie denn aufgeregt? Haben Sie schlaflose Nächte bei dem Gedanken oder Vorfreude?

Jetzt müssen wir es natürlich erstmal schaffen. Dafür braucht man einen überzeugenden Wahlkampf. Und den will ich führen, ohne jemanden persönlich anzugreifen. Ich finde, das tut der Politik nicht gut. Wir haben in den USA gesehen, was es heißt, wenn man so polarisiert, dass man am Ende kaum noch miteinander reden kann. Demokraten sollten untereinander fair bleiben.

Und wie ist Ihr Verhältnis zur Bundeskanzlerin?

Sehr gut. Ich schätze sie und ihre Arbeit. Sie ist eine große Kanzlerin, die in ganz Europa und der Welt geschätzt wird. Ich habe in vielen Punkten ihre Position geteilt, aber ich bin ein anderer Typ, habe einen anderen Lebenslauf, bin anders groß geworden. Ich glaube, dass ein Stück Kontinuität Deutschland gut tut, denn es waren 16 gute Jahre, aber jetzt beginnt ein neues Jahrzehnt, ein Modernisierungsjahrzehnt, in dem wir an Defiziten arbeiten müssen. Dieses neue Kapitel würde ich gerne prägen.

Frau Merkel ist für mich jemand, der besonders authentisch ist. Als Sie beim digitalen Parteitag diese Marke Ihres Vaters hochgezeigt haben, wirkte das auf mich hingegen so, als ob es ein Stück weit Show ist.

Aber genau das war doch auch authentisch. Mein Vater hat mir die wirklich vor dem Parteitag gegeben. Manche haben mich jetzt gefragt, wo ist eigentlich die Münze – natürlich wieder an seinem Schlüsselbund. Er hat mir viel über diese Münze und ihre Geschichte erzählt. Bei uns in Nordrhein-Westfalen ist Vertrauen nirgendwo so ausgeprägt wie unter Bergleuten. Unter Tage ist es egal, welche Religion du hast, wo du herkommst, sondern nur: Kann ich mich auf dich verlassen? Und als mein Vater sagte: Ich gebe dir die als Glücksbringer mit, kam bei mir die Idee, sie dann auch mal zu zeigen und an ihre Bedeutung zu erinnern – gerade nach dem denkwürdigen Sturm auf das Kapitol in den USA, was ja ein paar Tage vorher war. Ich habe damit gezeigt, wo ich



herkomme. Wo Sie herkommen, haben Sie ja schon erzählt. Jetzt sind Sie Moderatorin, Model und vieles andere mehr. Sie sind auch Investorin in der Wirtschaft. Wie kam es dazu?

Ich bin sehr verbunden mit dem Besitzer einer der größten Abrissfirmen in Nordrhein-Westfalen. Irgendwann kam dann die Frage, ob ich für das Unternehmen Schüttflix Testimonial, also eine Art Werbebotschafterin, sein möchte. Ich habe mir das Unternehmen angeschaut, das zu dem Zeitpunkt noch ein sehr kleines Start-up war. Ich fand es so gut, dass ich gerne auch selbst Geld investieren wollte. Mittlerweile sind wir sehr erfolgreich und haben beispielsweise die Strabag als Partner. Für mich war immer sehr wichtig, dass es ein Investment ist, das Hand und Fuß hat. Ich wollte etwas Bodenständiges, das mit echten Kerlen und echter Arbeit zu tun hat – und das ist der Bau nun mal.

Und was macht Schüttflix genau? Was ist die Start-up-Idee dabei?

Die Start-up-Idee dabei ist, dass wenn zum Beispiel eine Firma zwanzigtausend Kilo Kies bestellen möchte, das alles digital auf einer App machen kann, von der Bestellung bis hin zur Wahl des Ablageorts. Hier stoßen wir allerdings auch auf Probleme mit dem Stand der Digitalisierung in Deutschland. Das fängt schon damit an, dass das Netz ständig abbricht, wenn ich über die Autobahn fahre. Ich bin ein junger Mensch, ich bin ständig am Telefon, ich arbeite damit und immer wieder habe ich das Gefühl, ich bin auf Empfangssuche. Dann frage ich mich: Wann kommt denn endlich mal ein eigenes Digitalministerium?

Hier in Nordrhein-Westfalen haben wir das schon 2017 nach unserem Wahlsieg erreicht. Wenn ich eine Bundesregierung bilden kann, wird es auch dort ein Digitalisierungsministerium geben. Wenn Sie drei Wünsche an die künftige Bundesregierung frei hätten. Was wäre neben dem Digitalministerium das wichtigste?

Was ich mir auf jeden Fall vom zukünftigen Bundeskanzler wünsche, ist eine ähnliche politische Herangehensweise wie die von Frau Merkel. Weil sie immer sehr ruhig und besonnen ist, eben eine hervorragende Krisenpolitikerin. Neben der Digitalisierung ist für mich die Umwelt ganz wichtig. Apropos Umwelt. Profitiert die wirklich davon, wenn man Flug- und Benzinpreise erhöht?

Also ich glaube, da muss man zwei Dinge verbinden. Mein Ziel ist, dass wir klimaneutrales Industrieland werden. Wir wollen die Industriearbeitsplätze, die wir haben, auch in Zu-

kunft noch haben, aber klimaneutral. Wenn die Industrie abwandert und woanders produziert, ist für das Klima nichts gewonnen. Beispiel Thyssen-Krupp: Da soll jetzt grüner Stahl erzeugt werden – nicht mehr mit Kohle, sondern mit Wasserstoff. Wenn das gelingt, sind wir weltweit führend. Ich will auch, dass wir weiter an synthetischen Kraftstoffen arbeiten, sodass man klimaneutral fliegen kann. Wir brauchen neue Technologien, keine Verbote. Jetzt nur die Spritpreise immer weiter zu erhöhen, würde beispielsweise auch soziale Probleme erzeugen.

Die Grünen sind besonders stark bei jungen Wählern. Warum nicht die CDU?

Das hat ja immer auch geschwankt. Als wir hier 2017 gewonnen haben, hatten die Grünen nur 6 Prozent. Und da haben die jungen Leute auch CDU gewählt. Ich wäre nie ohne die jungen Leute ins Amt gekommen. Jetzt im Moment sind die Grünen sehr gehypt. Umso mehr müssen wir uns gerade bei den Jungen besonders anstrengen und zeigen, dass wir die Ziele der jungen Generation im Blick haben. Dabei geht es nicht nur ums Klima, sondern um Nachhaltigkeit. Beispiel Rentenpolitik: Wer zahlt eigentlich all diese Schulden zurück, die wir im Moment ansammeln? Das wird alles bei der jungen Generation landen. Wir müssen Jung und Alt zusammenhalten, damit es nicht zum Generationenkonflikt kommt.

Wie stehen Sie zu Steuererhöhungen?

Jetzt in der Pandemie haben wir viel dafür getan, dass die Unternehmen Liquidität haben, damit sie investieren können. Denn viele waren knapp vor der Insolvenz. Nun direkt nach der Pandemie die Steuern zu erhöhen, würde gerade von denen viele treffen. Sie sollten das Geld lieber in neue Arbeitsplätze investieren, damit es wieder bergauf geht.

Ich habe mich sehr auf dieses Gespräch gefreut. Ich will mich nochmal bedanken, dass Sie mich eingeladen haben. Das weiß ich sehr zu schätzen.

Und ich freue mich, dass Sie hier waren. Wir tun alles, damit das mit unseren Wahlkampfzielen klappt. Vielen Dank!

Anm. d. Red.: Das Interview in voller Länge können Sie sich unter www.cdu-nrw.de/laschet-trifft-thomalla anschauen. ■



Nordrhein-Westfalen-Koalition

Erfolgreiche Arbeit für unser Bundesland – Erfolgreich für Deutschland



Vier Jahre erfolgreiche Zusammenarbeit für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Am Rheinufer gegenüber dem Landtag, also an dem Ort, an dem sie vor vier Jahren die Koalitionsvereinbarung der NRW-Koalition unterzeichnet haben, stellten Christian Lindner und Armin Laschet jetzt den Arbeitsbericht der NRW-Koalition vor.

Foto: Sondermann

Es ist der 26. Juni 2017, blauer Himmel und Sonnenschein, als auf den Rheinwiesen in Düsseldorf-Oberkassel der Vertrag der NRW-Koalition unterschrieben wird. Mit Blick auf den Landtag und die damalige Staatskanzlei legten Armin Laschet und Christian Lindner den Grundstein für einen politischen Neuanfang in Nordrhein-Westfalen. Der Vertrag stellte völlig neue Weichen und bestimmte ein neues Selbstbewusstsein des Landes. Die Selbstverzweigung der Landespolitik durch die rot-grüne Vorgängerregierung lähmte unser stolzes Bundesland. Marode Infrastruktur, gehemmte Wirtschaftspolitik, fehlendes Sicherheitsgefühl und eine zureichende Umwelt- und Klimapolitik waren Ergebnis verfehlter Landesführung. Die Unterzeichnung des Koalitionsvertrages jährte sich Ende Juni zum vierten Mal und damit auch die Wahl Armin Laschets zum Ministerpräsidenten des bevölkerungsreichsten Bundeslandes. Angetreten mit dem Ziel, Nordrhein-Westfalen zu einem modernen Aufsteigerland zu wandeln, kann heute festgestellt werden: Wort gehalten!

Geprägt von drei wesentlichen Merkmalen – zuhören, entscheiden, handeln – ist es Armin Laschet und der Landesregierung gelungen, in zentralen politischen Feldern Nordrhein-Westfalen wieder voranzubringen. Das drückt sich im nordrhein-westfälischen Regierungsalltag bei der Umsetzung des Koalitionsvertrags in der Handlungsmaxime „konsolidieren, modernisieren, investieren“ aus. Was damals noch keiner ahnen konnte: Diese Zielsetzung und das dazugehörige Handeln haben uns gut durch die herausfordernde Pandemie gebracht und werden mit Blick auf die postpandemische Zeit mehr denn je gefragt sein. Vor allem wenn es jetzt darum geht, das Modernisierungsjahrzehnt zu gestalten und Deutschland als Stabilitätsanker und Möglichkeitsmacher in Europa und der Welt weiter fest zu etablieren.

Das Land steht vor neuen Herausforderungen, wir befinden uns auf der Schwelle zu einer neuen Ära. Ohne jeden Zweifel: Hinter uns liegen 16 sehr gute Jahre mit einer Bundeskanzlerin Angela Merkel. Deutschland steht gut da. Aber wo können wir noch besser werden? Wie können wir Deutschland noch leistungsfähiger machen? Wie man neue Potentiale hebt, Chancen und Aufstiege ermöglicht, dafür steht Nordrhein-Westfalen wie kein zweites Bundesland. Großstädte, ländlicher Raum, Ballungsgebiet, sozial starke und schwache Regionen, Regionen im Auf- und Umbruch, Hidden Champions – das alles ist Nordrhein-Westfalen. Und das ist auch Deutschland. Damit steht das nordrhein-westfälische Fundament beispielhaft für die gesamte Republik.

Null-Toleranz bei der Sicherheit

Armin Laschet und die NRW-Koalition stehen für eine erfolgreiche und konsequente Sicherheitspolitik, die zugleich ein Vorbild für die Innenpolitik auf Bundesebene ist. Einzigartig ist die Null-Toleranz-Strategie gegen Clanstrukturen und organisierte Kriminalität, die in keinem anderen Bundesland so erfolgreich umgesetzt wird. Das liegt auch an einer verbesser-

ten Personalstruktur bei Justiz und Polizei. Seit Regierungsbeginn konnten zusätzlich mehr als 4.200 und damit insgesamt 12.420 Kommissaranwärterinnen und -anwärter eingestellt und in der Justiz 2.600 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Der Sachhaushalt der Polizei liegt in diesem Jahr mit 549 Millionen Euro über dem Niveau von 2016, ein Plus von mehr als 40 Prozent im Vergleich zum Jahr 2016. Durch die Stärkung der Sicherheitspolitik und der Polizei lassen sich auch Erfolge im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung, z.B. bei Wohnungseinbrüchen (Rückgang um ca. 52 Prozent seit 2016), feststellen. Auch auf der Bundesebene müssen wir unseren Sicherheitsbehörden den Rücken stärken und einen konsequenten Null-Toleranz-Kurs fahren. So werden wir die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen effektiv bekämpfen und die Innere Sicherheit in unserem Land stärken.

Entfesselung der Wirtschaft

Wirtschaft entfesseln, kleine und mittelständische Betriebe und strukturschwache Regionen stärken: Das, was es für Deutschland in den kommenden Jahren anzupacken und umzusetzen gilt, ist bereits Markenkern nordrhein-westfälischer Wirtschaftspolitik. Mit acht Entfesselungspakten hat die Landesregierung in den zurückliegenden vier Jahren insgesamt über 60 Gesetze und Verordnungen vereinfacht oder ganz gestrichen. Ihr Ziel ist, Regelungen zu verschlanken, Verfahren zu beschleunigen und Bürokratie zu reduzieren. Dies führte zugleich dazu, dass Neugründungen und Start-ups nun die Möglichkeit haben, sich einfacher und schneller zu entfalten und einen neuen Gründergeist freizusetzen. Mit einem „Scale-up“-Programm sollen demnächst vielversprechende Start-ups auch in der Phase des rapiden Wachstums unterstützt werden.

Dabei helfen wird auch die Digitalisierungsstrategie der Landesregierung, die sowohl einen digitalen Staat als auch schlanke Genehmigungsprozesse für Industrie und Mittelstand ermöglicht. Schulen, Haushalte und Gewerbegebiete sollen von einer stärkeren Glasfaser profitieren. Mit der CDU an der Spitze der Bundesregierung wird es ein eigenständiges und vollwertiges Digitalministerium geben. Dieses trägt wesentlich zu einem hoch effektiven, einem schlanken, einem flexiblen und schlagkräftigen Staat bei.

Vorreiter in Sachen Nachhaltigkeit

Merkmal dieses neuen Staates ist auch ein nachhaltiges und klimafreundliches Handeln. Klimaschutz ist ein zentrales Thema für ein zukunftsfähiges Deutschland. Nicht nur Nordrhein-Westfalen, sondern auch ganz Deutschland wird in naher Zukunft ein klimaneutrales Industrieland werden. Sicherlich ein sehr ambitioniertes Ziel, aber ein Blick darauf, was in den letzten vier Jahren in Nordrhein-Westfalen möglich war, verdeutlicht, dass es machbar ist. Nordrhein-Westfalen konnte im Jahr 2020 eine Einsparung von 45 Prozent CO₂ gegenüber 1990 erreichen. Die Einsparung in Nordrhein-Westfalen

liegt damit über dem Bundesdurchschnitt von 40,8 Prozent. Die Investitionen in den Klimaschutz wurden im Vergleich zur rot-grünen Vorgängerregierung gar versiebenfacht. Als erstes Bundesland hat Nordrhein-Westfalen ein Klimaanpassungsgesetz vorgelegt. Auch wurde der bundesweite Ausstieg aus der Braunkohle beschlossen, dessen Hauptlast zunächst in Nordrhein-Westfalen geschultert wird: Bis 2030 liegen zwei Drittel der stillzuliegenden Braunkohlekapazitäten in Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommt der stetige Ausbau erneuerbarer Energien. So wie unser Bundesland sich auf den Weg gemacht hat, klimaneutral zu werden und dabei Ökonomie, Ökologie und Soziales miteinander verbindet, so wird uns gemeinsam auch der Wandel gelingen.

Moderne und intakte Infrastruktur

Wandel bestimmt auch unsere Infrastruktur. Ein innovatives Deutschland muss über eine moderne und intakte Infrastruktur verfügen. So wie in Nordrhein-Westfalen muss auch in Deutschland die Zukunft der Mobilität ein Kernthema sein. In den letzten Jahren wurden verstärkt Planungen, Genehmigungen und Bauvorhaben in Angriff genommen und zielgerichtet in Straßen- und Verkehrsinfrastruktur investiert. Wir spielen Verkehrsträger aber nicht gegeneinander aus. Als erstes Flächenland hat die Landesregierung ein Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz vorgelegt. Der Ausbau des Radwegenetzes wird mit 103 Millionen Euro in Nordrhein-Westfalen aktiv vorangetrieben, wodurch es sich zum Fahrradland Nr. 1 entwickelt. Die Verbesserung des Mobilitätsangebots und die Stärkung der Infrastruktur sind Ziele, die in ganz Deutschland maßgeblich vorgebracht werden müssen.

Sicherstellung medizinischer Versorgung

Ein modernes Deutschland muss auch über eine gut ausgebaute medizinische Versorgung in allen Teilen der Republik verfügen. Deutschland hat eines der besten Gesundheitssys-

teme der Welt und ist genau deshalb auch so gut durch die Krise gekommen. Und dennoch gibt es so manches noch zu verbessern. Innovationen müssen entwickelt und umgesetzt werden, wie zum Beispiel das hier etablierte Telenotarzt-System und das deutschlandweit erste virtuelle Krankenhaus. Solche Projekte tragen dazu bei, dass die medizinische Versorgung digitaler und effizienter wird und damit das Ziel der Schaffung zukunftsfähiger digitaler Versorgungsstrategien erreicht werden kann. Hinzu kommt die nachhaltige Stärkung der Gesundheitsfachberufe. Als erste Landesregierung hat die NRW-Koalition das Schulgeld für alle Gesundheitsberufe abgeschafft. Das erhöht den Anreiz, sich für einen Gesundheitsberuf zu entscheiden, und ist ein Mittel gegen Fachkräftemangel. Die nordrhein-westfälischen Anstrengungen im Gesundheitswesen, beispielsweise durch Rekordinvestitionen in unsere Krankenhäuser in Höhe von 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2021, müssen deutschlandweit unternommen werden. Denn jeder Mensch hat ein Recht auf gute Gesundheitsversorgung und sie darf nicht abhängig davon sein, in welchem Bundesland man lebt.

Erfolgreich für NRW – Erfolgreich für Deutschland

Was im Frühsommer 2017 auf den Düsseldorfer Rheinwiesen begann, könnte am Ende dieses Jahres am Spreeufer in Berlin fortgesetzt werden: Armin Laschet unterschreibt als zukünftiger Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland mit weiteren politischen Akteuren einen neuen Plan für Deutschland.

Fest steht: Wer es geschafft hat, innerhalb einer Legislaturperiode durch entschlossenes und dynamisches Handeln aus Herausforderungen neue Chancen zu schöpfen und Potentiale freizusetzen, der kann auch Deutschland mit neuen Impulsen, Ideen und Innovationen zu einem gestärkten Hoffnungsträger in der Mitte Europas erheben. ■



Eine starke Truppe: Viele Abgeordnete von CDU und FDP kamen an den Rhein, um gemeinsam auf vier erfolgreiche Jahre für unser Land anzustoßen. Gemeinsam haben die beiden Fraktionen unter der Führung von Bodo Löttgen und Christof Rasche viel erreicht.

LANDTAG aktuell: Unter dieser Marke informiert die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre parlamentarischen Vorhaben und Aktivitäten.



In der Pandemie die Kinder im Blick

Hinter uns liegen anstrengende Monate der Einschränkungen. Doch vor uns liegt ein hoffentlich entspannter Restsommer, in dem Urlaub, Freibad- und Biergartenbesuche, Kultur und Sport wieder möglich sind. Zeit für einen Blick zurück und einen Ausblick.

„Allen, die durch Disziplin und Engagement ihren Beitrag dazu leisten, damit wir gut durch die Corona-Krise kommen können, gilt unsere Anerkennung und Wertschätzung“, lobt Jens Kamieth, Sprecher für Kinder und Jugend der CDU-Landtagsfraktion. Denn vor allem Kinder und Jugendliche mussten vielfach Verzicht üben und erhebliche Einschränkungen hinnehmen. Die CDU-Fraktion hat sich während der Corona-Pandemie deshalb **immer besonders für Familien, Kinder und Jugendliche stark gemacht**, sei es bei finanziellen Entlastungen der Eltern, bei Test-Strategien oder Impfpriorisierungen. So haben wir mehr als 114 Millionen Euro ausgegeben, um Mitarbeitenden in Kitas, Kindertagespflege sowie der Kinder- und Jugendhilfe **kostenfreie Testangebote** machen zu können.

Kinderbetreuungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen waren in der Pandemie – anders als in anderen Bundesländern – **niemals geschlossen**. Damit Betreuungsangebote geöffnet bleiben und Fachkräfte entlastet werden konnten, hat das Land 252 Millionen Euro für ein Sonderprogramm zur Verfügung gestellt: **5000 Alltagshelferinnen und Alltagshelfer für Kitas und OGS!** Jetzt erhalten diese Kräfte die Chance auf Anschlussqualifizierung.

Weil wegen Corona frühkindliche Angebote teilweise nur reduziert in Anspruch genommen werden konnten, hat das Land mehr als 200 Millionen Euro in die Hand genommen, damit **Eltern von ihren Beiträgen entlastet** werden. Zusammen mit den Kommunen sind hier faire Lösungen gefunden worden.

Jetzt heißt es, nach vorne zu blicken. Nach den zurückliegenden Monaten brauchen besonders belastete Familien Freiraum und Erholung. Deshalb haben wir 1 Million Euro bereit gestellt, damit diese Familien in Familienferienstätten gemeinsam Luft holen können. Das sind **1000 Ferienwochen für Familien aus Nordrhein-Westfalen**.

Nordrhein-Westfalen hat gemeinsam mit dem Bund Aktionsprogramme in Höhe von mehr als 500 Millionen Euro aufgelegt, um Folgen der Corona-Pandemie abzumildern und soziale und kognitive Defizite bei Kindern und Jugendlichen auszugleichen. Förderangebote im Schulkontext und in den Ferien sind dabei ebenso vorgesehen wie die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen durch vermehrten Einsatz von Freiwilligendienstleistenden und zusätzlicher Sozialarbeit an Schulen sowie der Ausbau von Kinder- und Jugendfreizeiten. Wir werden außerdem den Schwimmunterricht an den Schulen verstärken, um den in der Corona-Zeit entstandenen Stau in der Schwimm-Ausbildung aufzulösen. Gleichzeitig soll auch das ehrenamtliche Engagement von Schwimmlehrern in Vereinen mehr unterstützt werden.



Jens Kamieth

Sprecher für Kinder, Familie und Jugend der CDU-Landtagsfraktion

„Wir machen heute den Schritt in die Zukunft“

Strukturwandel im Rheinischen Revier – darüber diskutiert Nordrhein-Westfalen seit Jahrzehnten. Jetzt ist er im Gange. Über Kohleausstieg, Energiewende und Zukunft sprechen wir mit unseren Abgeordneten vor Ort: Romina Plonsker, Thomas Schnelle, Heike Troles und Patricia Peill – unsere vier im Revier.

Frau Peill, Ihr Wahlkreis liegt als einziger an allen drei Tagebauen. Heißt das für Ihre Heimat, dass nach dem Kohleausstieg öde Landschaft und Arbeitslosigkeit zurückbleiben?

Patricia Peill: Wer glaubt, die Herausforderung des Strukturwandels sei für das Rheinische Revier zu groß, der kennt eindeutig das Revier und die Menschen nicht. Hier nimmt man die Herausforderung an und verwandelt sie in Zukunft. Wir sehen nicht Einöde, sondern Erneuerbare Energien, technologieoffene und nachhaltige Mobilität, eine Dreiseen-Landschaft mit attraktivem Lebens- und Arbeitsraum. Dazu brauchen wir drei Dinge: Mut, Motivation und vor allem Miteinander.

Es geht für die Politik also darum, die Menschen vor Ort beim Wandel mitzunehmen?

Patricia Peill: Mehr noch: Sie machen mit und gestalten mit. Unsere Ziele fürs Revier sind in zahlreichen Beteiligungsformaten mit Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft und Kommunen erarbeitet worden. Daraus entstehen konkrete

Zukunftsprojekte: der Brainergy Park in Jülich als energieautarkes Gewerbegebiet, die CO₂-freie Papierfabrik in Düren, das Mobilitätszentrum für autonomes Fahren in Aldenhoven oder der „Ort der Zukunft“ in Alt-Morschenich als Testfeld der Bioökonomie. Diese Projekte werden alleamt von Vereinen, Gemeinden oder der ansässigen Wirtschaft getragen.

Das klingt, als werde das Rheinische Revier zu einer Art NRW-Silicon-Valley. Also kein Platz mehr für Industrie, Frau Plonsker?

Romina Plonsker: Ganz und gar falsch. Industrie und Zukunft – das sind keine Gegensätze, sondern zwei Seiten einer Erfolgsgeschichte. Unsere Region braucht gut bezahlte Arbeits- und Ausbildungsplätze, tarifgebunden und mitbestimmt. Auch hier geht es darum, das Know-how und den Willen im Revier zu nutzen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Aber auch die „traditionelle“ Industrie wird sich weiterentwickeln – wir wollen ein klimaneutrales Industrie-land werden.

Stichwort Know-how: Woran denken Sie da?

Romina Plonsker: Kommunen, Wirtschafts- und Arbeitnehmervertreter sowie Bildungseinrichtungen leisten da schon Beachtliches, um den

Wandel auch durch die Weiterentwicklung des Reviers als Wissenschaftsstandort voranzutreiben. Tolles Beispiel ist der Food Campus Elsdorf, wo aus einer alten Zuckerfabrik ein Forschungs- und Innovationsstandort für Bioökonomie wurde. Das Revier ist viel innovativer, als viele glauben.

Was kann Politik tun, um dieses Potenzial zu heben?

Romina Plonsker: Wir fördern und unterstützen – aber wir bieten auch die Infrastruktur. Das gilt für den Verkehr etwa mit der Revier-S-Bahn, aber auch digital, indem wir das Rheinische Revier zur 5G-Modellregion machen. Das ist die Basis für einen florierenden Wirtschaftsstandort der Zukunft.

Umweltlobbyisten sagen, der Kohleausstieg gehe zu langsam. Sofort raus aus der Kohleverstromung – was sagen Sie dazu, Frau Troles?

Heike Troles: Strukturwandel ist kein Sprint und Klimapolitik mit der Brechstange das Gegenteil von nachhaltig. In meiner Heimat verdient ein Großteil der Menschen seine Brötchen mit der Braunkohleverstromung, direkt bei RWE oder als Zulieferer. 2018 flossen aus dem Beschaffungsvolumen des Konzerns 800 Millionen Euro ins Rheinische Revier. Der schrittweise Ausstieg stellt sicher, dass Zulieferbetriebe sich umstellen können und wir auch frei werdende Ex-Tagebauflächen für neue Ansiedlungen erschließen können.

Es muss ja nicht nur Wertschöpfung ersetzt werden, sondern auch Strom. Hat das in Ihrem Wahlkreis mit seinen beiden Kraftwerken eine besondere Bedeutung?

Heike Troles: Natürlich. Das gesamte Rheinische Revier ist auch wegen seiner sicheren und günstigen Stromversorgung so attraktiv für

die Industrie – in meinem Wahlkreis vor allem für Aluminium- und chemische Industrie. Auch deshalb brauchen wir einen schrittweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung und den schrittweisen Ersatz durch nachhaltige Energiegewinnung.

Unternehmen, Industrie, Energieerzeuger und vor allem die Menschen beim Strukturwandel mitnehmen. Herr Schnelle, in Ihrem Wahlkreis sind besonders Menschen betroffen, die noch immer wegen des Tagebaus umsiedeln müssen. Wie nimmt man die mit?

Thomas Schnelle: Durch ehrliche Gespräche, Transparenz, Offenheit und größtmögliche Einbindung in die Entscheidungen. Das haben wir im Vorfeld der neuen Leitentscheidung für das Rheinische Revier getan und wichtige Verbesserungen für die nahe und langfristige Zukunft der Menschen erzielt, die am und mit dem Tagebau leben – etwa die Vergrößerung des Abstands von der Abbruchkante zu den Dörfern oder die zusätzliche Zeit bei der Umsiedlung von Keyenberg, Kuckum, Ober- und Unterwestrich sowie Berverath.

Es gibt noch immer Menschen, die sich gegen die Umsiedlung stemmen. Welche Perspektive können Sie ihnen geben?

Thomas Schnelle: Das wird ein anspruchsvoller Moderationsprozess. Aber wir sind das im Revier gewohnt und schaffen das gemeinsam. Wir als Politik müssen jetzt in den kommenden zwei bis drei Jahren endgültige Klarheit schaffen. Das sind wir den Menschen vor Ort schuldig und das brauchen sie, um zuversichtlich und voller Vertrauen in die Zukunft zu blicken. Als Abgeordneter vor Ort und in der Tradition der CDU-Entscheidungen setze ich mich dafür ein, möglichst viel Fläche, möglichst viele Dörfer zu erhalten.

Patricia Peill aus dem Kreis Düren-Jülich hat alle drei NRW-Tagebaue unmittelbar in ihrem Wahlkreis.

Thomas Schnelle ist Abgeordneter aus dem Heinsberg-Nordkreis, in seiner Heimat läuft noch die Umsiedlung von Tagebau-Dörfern.

Heike Troles ist Abgeordnete aus dem Rhein-Kreis Neuss, in dem die Kraftwerkstandorte Frimmersdorf und Neurath liegen.

Romina Plonsker kommt aus dem Rhein-Erft-Kreis und sitzt im Aufsichtsrat der Zukunftsagentur Rheinisches Revier.

Pralles Leben statt leere Schaufenster

Eine Innenstadt ist viel mehr als geografischer Mittelpunkt. Hier trifft man sich geplant oder zufällig, beäugt Schaufenster und fremde Menschen, fühlt sich weltgewandt und zu Hause zugleich. Hier bleibt keiner für sich, sondern alles kommt zusammen. Das Problem: Pralles Leben verträgt sich nicht mit verrammelten Türen und abgeklebten Fenstern. Genau diese hässlichen Folgen der Corona-Krise zeichnen aber jetzt erste Einkaufspassagen in nordrhein-westfälischen Städten.

Die Pandemie, Kontaktbeschränkungen, Schließungen haben dem Einzelhandel arg zugesetzt, laut Handelsverband droht eine Pleitewelle in Deutschland. „Corona hat tiefe Spuren in unseren Innenstädten hinterlassen – und sie werden in Zukunft noch tiefer werden“, sagt Oliver Kehrl, Beauftragter für Handel und vitale Innenstädte der CDU-Landtagsfraktion. „Aber wir haben die Begeisterung der Menschen gesehen, als sie nach dem Lockdown wieder in die Zentren strömten. Das ist für uns ein politischer Auftrag.“

Das Land ist schnell und nachhaltig in die Bresche gesprungen, der bundesweit einmalige Innenstadtfonds ist inzwischen 100 Millionen Euro stark. Als CDU-Fraktion und NRW-Koalition mit der FDP wollen wir aber nicht nur Geld-, sondern auch Ideengeber sein. „Die Innenstadt der Zukunft wird viel mehr sein müssen als eine Shopping-Mall unter freiem Himmel“, ist Oliver Kehrl sicher. Multifunktionale Räume für Wohnen, Arbeiten, Handel, Gewerbe und Dienstleistungen, Pop-up-Konzepte, Gastronomie, Kultur – neue Anziehungspunkte und Frequenzbringer sind gefragt. Das Land unterstützt hier mit Digitalcoaches, dem Sonderprogramm „Digitalen und stationären Einzelhandel zusammendenken“,

von dem schon mehr als 2000 Unternehmer profitiert haben, sowie dem Zehn-Millionen-Euro-Programm zur Erforschung eines „Innovationsraums Innenstadt“. In diesem wollen wir den modernen Funktionsmix einer City erproben und haben eine entsprechende Initiative im Landtag beschlossen.

Für Oliver Kehrl steht fest: „Am besten wissen Menschen vor Ort, was die Menschen vor Ort brauchen. Deshalb stärken wir konsequent die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen im Land.“ Die NRW-Koalition hat der neuen Landesbauordnung eine Innovationsklausel hinzugefügt, die Städten und Gemeinden eine einfache Nutzungsänderung für einen Zeitraum von zwölf Monaten erlaubt, wenn ein Geschäft aufgeben musste. So kann in ein leerstehendes Modegeschäft rasch ein nettes Café oder ein Lebensmittelladen einziehen. Damit Türen nicht zu, Schaufenster nicht leer bleiben und Raum geschaffen wird für das pralle Leben.



Oliver Kehrl

Beauftragter für Handel und vitale Innenstädte der CDU-Landtagsfraktion

Wir stärken den Wohnraum im Land

Wenn es ganze Mietshäuser gibt, in denen kein Mieter mehr lebt, dafür aber Junggesellenabschiede und Mannschaftsfahrten sich die Klinke in die Hand geben – dann läuft etwas schief auf dem Wohnungsmarkt. Wenn Eigentümer ihre Immobilien verlottern lassen und dort Familien unter unwürdigen und teils sogar gefährlichen Bedingungen auf viel zu engem Raum hausen lassen, um damit Kasse zu machen – dann läuft sogar etwas gewaltig schief. Und dann muss die Landespolitik handeln.

Das haben wir im Juni mit der Verabschiedung des Wohnraumstärkungsgesetzes für Nordrhein-Westfalen im Landtag getan. „Damit haben wir den Kommunen ein wirksames Werkzeug in die Hand gegeben, um zu verhindern, dass Wohnraum zweckentfremdet wird oder verkommt“, erklärt Fabian Schruppf, Sprecher für Bauen und Wohnen der CDU-Fraktion. Erlässt eine Stadt eine Zweckentfremdungssatzung, kann kein Wohnraum ohne Identitätsnummer mehr bei Plattformen wie Airbnb angeboten werden – das schafft Überblick und Kontrolle. Zudem gilt eine Höchstvermietungsdauer von zwölf Wochen im Jahr, danach bedarf es einer Genehmigung. Auch bei Schrottimmobilien kann die Kommune strikter gegen verantwortungslose Eigentümer vorgehen, die im Erstfall einer Räumung die Unterbringung ihrer Bewohner oder sogar den Abriss zahlen müssen. „Der Wohnraum in unserem Land ist in erster Linie zum Wohnen da und nicht für rücksichtslose Geschäftemacherei“, betont Schruppf.

Das neue Gesetz ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zu mehr bezahlbarem Wohnraum in Nordrhein-Westfalen, den die NRW-Koalition konsequent beschreitet. Das zeigt sich deutlich

anhand der Entwicklung im öffentlich geförderten Wohnungsbau: Die bewilligten Mittel stiegen von 923 Millionen Euro 2018 kontinuierlich auf mehr als eine Milliarde Euro im vergangenen Jahr, dieses und kommendes Jahr stehen jeweils 1,1 Milliarden Euro für die öffentliche Wohnraumförderung zur Verfügung.

Doch gegen die Wohnungsnot hilft nicht nur öffentliche Förderung. „Wir haben vor allem ein Klima geschaffen, in dem mehr gebaut werden kann als zuvor“, erklärt Fabian Schruppf. „Denn eigentlich ist die Rechnung einfach: Knapper Wohnraum ist teurer Wohnraum – ein Mehr an Bautätigkeit ist die beste Bremse für kletternde Mieten und Kaufpreise.“ Deshalb haben wir das Baurecht modernisiert, Genehmigungsverfahren schlanker sowie schneller gemacht und unterstützen die Kommunen bei der Suche nach potenziellen neuen Flächen für Wohnungsbau. Mit Erfolg: Im Jahr 2020 wurden acht Prozent mehr Wohnungen genehmigt als im Vorjahr, insgesamt wurden zudem fast 50.000 neue Wohnungen fertiggestellt.



Fabian Schruppf

Sprecher für Bauen und Wohnen der CDU-Landtagsfraktion

Damit wir wieder zusammen feiern: Neustart fürs Ehrenamt



Mehr als ein Jahr ohne Feste liegt hinter uns – ein 1. Mai ohne Maifeuer, eine Session ohne Karnevalssitzung, ein Sommer ohne Schützen- oder Sportfest, ein Advent ohne Weihnachtsmarkt. Damit wir nach der akuten Corona-Krise endlich wieder zusammen feiern können, wollen wir einen Neustart für das Ehrenamt – und greifen den 120.000 Vereinen in Nordrhein-Westfalen finanziell unter die Arme. Denn die Pandemie hat unsere Vereine hart getroffen: Mit-

glieder traten aus, Einnahmen durch Veranstaltungen brachen weg. „Viele unserer sechs Millionen Ehrenamtlichen im Land sind unsicher, wie es weitergehen soll und woher sie die Mittel nehmen, um Gelegenheiten für ein Miteinander zu schaffen“, sagt Björn Franken, unser Beauftragter für das Ehrenamt. „Wir wollen deshalb gemeinsam mit der FDP einen Neustart anschieben, indem wir den Menschen in unseren Vereinen Planungssicherheit, Motivation und Grundlage bieten.“

Auf Initiative der NRW-Koalition hat der Landtag im Juni beschlossen, dass eingetragene Vereine eine einmalige finanzielle Unterstützung von bis zu 5000 Euro erhalten können, um ihr Nachbarschaftsfest, ihre Dorfkirmes oder ihre Karnevalssitzung auf den Weg zu bringen. Björn Franken erklärt: „So wollen wir an der Basis helfen, das Leben aus dem Lockdown wieder in die Normalität zu holen.“

Mehr Infos zur Förderrichtlinie gibt es hier:
www.mhkgb.nrw/themen/heimat/neustart-miteinander

Ein modernes Versammlungsgesetz – für starke Grundrechte und eine starke Polizei

Bilder von Demonstrationen, die aus dem Ruder laufen – wir haben sie leider immer häufiger gesehen in den Monaten der Corona-Pandemie. Wir haben schon im Koalitionsvertrag versprochen: NRW bekommt ein modernes Versammlungsgesetz – Rot-Grün hatte die Gesetzgebungskompetenz durch die Föderalismusreform sieben Jahre lang nicht genutzt. Wir ändern das – und die Bilder zeigen uns, dass das auch nötig ist.

Unsere Landesregierung hat dazu bereits einen Gesetzentwurf eingebracht, der gerade im parlamentarischen Verfahren beraten wird. Eine Verabschiedung ist noch in diesem Jahr geplant. Wir wollen die Versammlungsfreiheit in NRW stärken, auf die Entwicklungen der Zeit reagieren und unserer Polizei endlich klare Befugnisse geben. „Uns ist wichtig, friedliche Versammlungen wirksam gegen Störungen zu schützen. Deshalb beinhaltet der Gesetzentwurf ein Störungsverbot – schließlich garantiert das Grundge-

setz ein Recht auf Demos und Gegendemos, nicht aber auf Stören“, erklärt unser innenpolitischer Sprecher Christos Katzidis. „Viel diskutiert wird derzeit auch über das Militanzverbot, das uniformiertes Auftreten aber nur dann verbietet, wenn es mit Einschüchterung und Gewaltbereitschaft einhergeht. Also ganz einfach: Singende Fußballfans in gleichen Trikots: ja – Neonazis in Bomberjacken und Springerstiefel mit drohenden Parolen: nein.“ Der Polizei geben wir für wichtige Instrumente wie Gefährderansprachen und Kontrollstellen, die sie längst nutzt, endlich die rechtliche Grundlage. Über das Gesetz wird nach der Sommerpause weiter beraten. Mehr Antworten von Christos Katzidis zum Gesetz gibt es mit dem QR-Code in unserem Fragenhagel-Film.



Tourismusbranche stärken: Auf nach NRW



land wanderte vor Corona von Rekord zu Rekord – dann kam die Pandemie und mit ihr die Talfahrt. Wir müssen unsere Tourismusstrategie jetzt an die neuen Herausforderungen anpassen. Wichtig auf dem Weg in die Zukunft ist uns, die Bemühungen um Nachhaltigkeit in der Branche zu unterstützen und den Tourismus in unseren Regionen ganzheitlich als Standortfaktor zu begreifen.“

Geschäftsreisen, Städtereisen, Aktivurlaub – in den vergangenen Jahren haben Millionen Menschen das Bergische Land, die Eifel oder das Münsterland, die Metropole Ruhr, das Sauer- und Siegerland, das Land des Hermann oder das Weserbergland besucht.

Sie haben genossen, was Nordrhein-Westfalen zu bieten hat: einzigartige Naturerlebnisse und lebendige Metropolen. Der Tourismussektor hat sein großes Potenzial eindrücklich unter Beweis gestellt. Jetzt muss der Tourismus in NRW unter Berücksichtigung der durch die Pandemie veränderten Rahmenbedingungen gestärkt und ausgebaut werden.

Charlotte Quik, Tourismusbeauftragte der CDU-Landtagsfraktion, sagt: „Die Tourismusbranche in unserem Bundes-

Mehr als 24,3 Millionen Gäste hatten im Jahr 2019 die rund 5000 Beherbergungsbetriebe und Campingplätze in NRW besucht – mit rund 53,5 Millionen Übernachtungen. Im vergangenen Jahr war diese Zahl um 46 Prozent zurückgegangen, die Anzahl der Gäste sogar auf rund elf Millionen gesunken. Grund waren Reisebeschränkungen und Übernachtungsverbote im Rahmen der Corona-Pandemie. Bund und Land haben die nordrhein-westfälischen Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe in der Corona-Pandemie mit rund 2,9 Milliarden Euro an Wirtschaftshilfen und Entschädigungen unterstützt. Nordrhein-Westfalen ist und bleibt aber immer eine Reise wert. Also auf nach Nordrhein-Westfalen, um das große Tourismuspotenzial unseres Landes weiter zu stärken und auszubauen.

Ratsmandat mit Job und Familie vereinbaren

Die Corona-Pandemie hat vieles ins Rutschen, aber auch einiges ins Rollen gebracht, wie die Nutzung und Akzeptanz digitaler Werkzeuge. Diese Chancen wollen wir für die Kommunalpolitik nutzen. Angesichts von Präsenzsitzungen bis in den späten Abend wird es nämlich immer schwieriger, junge Menschen, Mütter und Väter, Angestellte oder Selbstständige für politisches Engagement zu begeistern. Wir wollen – zunächst mit neun Modellprojekten – Möglichkeiten für die Kommunalpolitik eröffnen, künftig mehr digital oder hybrid zu tagen.

„Das ist eine der Ideen, die die Enquete-Kommission mit dem komplizierten Namen ‚Subsidiarität und Partizipation‘ im NRW-Landtag erdacht hat“, erklärt unser Sprecher in der Enquete, Björn Franken. Die CDU-Fraktion hat vor rund zweieinhalb Jahren diese Kommission einrichten lassen, jetzt kam sie zum Abschluss. Insgesamt gibt es seitens der Enquete 85 konkrete Handlungsempfehlungen in einem 154-Seiten-Bericht. Wichtige Bereiche sind das kommunale Ehrenamt, Digitalisierung und politische Bildung. Björn

Franken: „Die Leitfragen lauten: Wie können wir unsere Demokratie auf allen Ebenen stärken? Wie soll das kommunalpolitische Ehrenamt in Zukunft aussehen? Vor welchen Chancen und Herausforderungen stehen wir für die Ausübung eines kommunalpolitischen Ehrenamtes?“

Den ersten „Praxis-Check“ haben die Vorschläge der Kommission bereits bestanden: Ob das im Landtag Erdachte ankommt bei unseren Kommunalpolitikern vor Ort, war Kern eines digitalen Werkstattgesprächs „Die zukunftsorientierte Gestaltung des kommunalpolitischen Ehrenamtes“ der CDU-Fraktion, u.a. mit Kommunalministerin Ina Scharrenbach, Mandatsträgern sowie Politikwissenschaftlern. Mit dem QR-Code gelangen Sie zu unserem Film, in dem wir die Ergebnisse der Enquete-Kommission erklären.





Mobilität neu denken – nachhaltig, digital, vernetzt

Die Mobilität von morgen ist nachhaltig, digital und vernetzt. Mobilitätsgewohnheiten sind eine ganz persönliche Angelegenheit und sie ändern sich rapide. Egal ob Fahrrad, Bus, Bahn oder auch das Auto: Wir wollen, dass die Menschen die Wahl haben, welches Verkehrsmittel für sie das richtige ist.

In Nordrhein-Westfalen wird heute schon technologieoffen erprobt, was anderswo noch Science-Fiction ist: Wir fördern kluge und kreative Ideen unabhängig von den Verkehrsträgern. Hier laufen Tests mit Flugtaxi an einem der größten nordrhein-westfälischen Flughäfen, Forschungen auf dem Gebiet des autonomen Fahrens vom Auto über den Zug bis zum Binnenschiff. Mit einem Antrag der NRW-Koalition haben wir das Ziel gesetzt, Teil des Datenraums Mobilität zu werden. Das ist ein Bundesprojekt, mit dem Echtzeitdaten aus Nahverkehr und Sharing-Anbietern kombiniert werden, damit Kundinnen und Kunden ihre Wege einfach und flexibel planen können.

Wichtiger Teil der modernen Mobilität ist das Fahrrad. „Fahrradfahren bedeutet Freiheit, Flexibilität und Lebensqualität und steht für klimafreundliche und moderne Mobilität“, davon ist der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Klaus Vossemer, überzeugt. Genau dieses Denken und die Grundeinstellung, den Menschen im Bereich Mobilität die Wahl zu geben, hat die NRW-Koalition in ihrem Bestreben für das erste Fahrradgesetz in einem bundesdeutschen Flächenland gelenkt. CDU und FDP wollen das Fahrrad als eigenständiges und gleichwertiges Verkehrsmittel stärken. Jetzt nimmt dieses Gesetz Fahrt

auf – mit vielen Ideen von Bürgerinnen und Bürgern darin. Das sind die Eckpunkte:

- Erstmals wird gesetzlich der Bedarf für Radwege überprüft, damit Planungen schneller angestoßen und die Mittel für eine rasche Umsetzung bereitgestellt werden.
- Der Sicherheit ist in dem Gesetz ein hoher Stellenwert eingeräumt, zum Beispiel durch einen verpflichtenden Abbiegeassistenten für landeseigene Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen.
- Die Kommunen vor Ort sind wichtige Partner, wenn es darum geht, unsere Städte und Gemeinden fahrradfreundlich zu gestalten.
- Wir nehmen mit dem Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz auch den Fußverkehr und Elektrokleinstfahrzeuge wie Pedelects in den Blick und wollen die Vernetzung der verschiedenen Verkehrsmittel vorantreiben auf dem Weg zu einer besseren, sauberen und sicheren Mobilität.



Klaus Vossemer

Sprecher für Verkehr der CDU-Landtagsfraktion

Gute Kinderschutzpolitik muss Abgründe ausleuchten.



Ein Gastbeitrag von

Christina Schulze Föcking

Sprecherin für Kinderschutz der CDU-Landtagsfraktion

Gespräche mit Menschen, die als Kinder missbraucht wurden – das ist das Erste, was ich getan habe, als ich Sprecherin der CDU-Fraktion in der neuen Kinderschutzkommission des Landtages wurde. Ich habe mir gesagt: Wenn ich Kinder vor Übergriffen schützen will, dann muss ich verstehen, wie diese Hölle wirklich aussieht, wie die Täter ihre kleinen Opfer zum Schweigen bringen, welche Anzeichen oder Signale vielleicht irgendwer hätte bemerken können. Ich muss hinschauen, wo man eigentlich lieber wegsehen möchte, und dahingehen, wo es wehtut.

Seither trägt mich die Überzeugung, dass eine gute und sinnvolle Kinderschutzpolitik dieses Wissen und Verständnis braucht, wie die Hölle aussieht. Das geht nur durch eine größtmögliche Verzahnung mit der Praxis. Der Ursprung unserer Initiativen im Landtag liegt tatsächlich teils in Kinderarztpraxen, teils in Ermittlerbüros der Polizei. Beispiele gefällig? Bei dem Mediziner-Netzwerk RISKID haben mir Ärzte grausame Bilder von misshandelten Kindern gezeigt und erklärt, wo ihre Grenzen liegen, wenn sie diese Opfer schützen wollen. Grenzen, die wir jetzt abbauen: Wir haben als erstes Bundesland eine Lockerung der Schweigepflicht für Kinderärztinnen und -ärzte beim Verdacht auf Gewalt, Missbrauch oder Vernachlässigung auf den Weg gebracht. Die Fahnder im Landeskriminalamt haben mich mit ins Darknet genommen und sehen

lassen, wie dort Bilder von oder Tipps für den Missbrauch getauscht werden – ohne jede Angst, erwischt zu werden. Als CDU-Fraktion haben wir jetzt ein Positionspapier beschlossen, mit dem wir uns für eine rechts- und datenschutzkonforme Lösung bei der Speicherung von Verbindungsdaten im Internet einsetzen. Wir wollen diese Täter kriegen!

Gute Kinderschutzpolitik geht nur mit sehr offenen Augen und Ohren. Vor allem aber muss sie das Kind selbst in den Mittelpunkt stellen, sich mit dem Kind durch dessen Welt bewegen. Wo begegnet ein Kind wem? Wo kann es auf Täter treffen – und wo auf potenzielle Schützer? So ist ein Antrag entstanden, der Kinder und Jugendliche vor dem sogenannten „Cybergrooming“ im Netz schützen soll. Die Annäherung pädokrimer Täter an Minderjährige in harmlosen Chatforen wird zu einem immer krasserem Problem, und viele betroffene Mädchen oder Jungen wenden sich aus Scham nicht an ihre Eltern, wenn sie mit unverhohlenen Sex-Forderungen teils sehr viel älterer Chatpartner konfrontiert sind. Deshalb müssen wir die jungen User fit und stark machen, damit sie die Risiken kennen und souverän handeln können. Als Land fördern wir verstärkt Medienkompetenz als Unterrichtsinhalt an unseren Schulen.

Das Kind und sein Schutz stehen auch im Zentrum des Handlungs- und Maßnahmenkonzeptes, welches die interministerielle Arbeitsgruppe unserer Landesregierung speziell zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch vorgelegt hat. 59 Maßnahmen in sieben Handlungsfeldern werden darin formuliert – das zeigt deutlich: Kinderschutzpolitik ist nicht nur Familienpolitik, Gesundheits-, Bildungs- oder Sozialpolitik, sondern sie ist das alles. Sie funktioniert nur ressortübergreifend. Das Kind lebt in der Familie, in Gemeinschaft, es geht in die Kita oder zur Schule, zum Arzt, es geht online und zum Sport – wenn wir es überall umfassend beschützen wollen, müssen wir mit ihm gehen, fest an seiner Seite. Genau da sind wir in Nordrhein-Westfalen, als Kinderschutzpolitiker an der Seite der Kinder und Jugendlichen. Und da bleiben wir auch.

Klimaschutz mit Maß und Mitte

Nordrhein-Westfalen ist unter den Bundesländern Vorreiter beim Klimaschutz. Wir sind auf Platz 1 (2020) beim Ausbau der Windenergie an Land. Wir befinden uns in der Spitzengruppe der Länder beim Photovoltaik-Ausbau.

Nordrhein-Westfalen steigt früher aus der Kohle aus, als es ursprünglich geplant war, und setzt sich im Bereich der CO₂-Reduzierung ambitionierte Ziele. In der Sitzungswoche vor der Sommerpause wurden im Parlament das Klima-

schutz- und das Klimaanpassungsgesetz verabschiedet. Gerade für das Industrieland Nordrhein-Westfalen sind diese Maßnahmen und die schnelle Umsetzung keine Selbstverständlichkeit. Umso wichtiger ist es, den Klimaschutz mit

den Menschen gemeinsam voranzubringen, ambitioniert, versorgungssicher und sozialverträglich. Wir als CDU-Fraktion sind davon überzeugt, dass es nur funktioniert, wenn wir Ökologie und Ökonomie in Einklang bringen.

CO₂
CO₂

Klimaziele der NRW-Koalition

Die neuen Klimaschutzziele für Nordrhein-Westfalen werden denen des Bundes angeglichen. Wir haben nun das ambitionierteste Klimaschutzgesetz aller Bundesländer:

- 2030: minus 65 %
- 2040: minus 88 %
- 2045: Klimaneutralität

Die NRW-Koalition hat die Mittel für den Bereich Energie und Klimaschutz im Vergleich zu Rot-Grün mehr als versiebenfacht (2021: 171 Mio. €). Mit den Corona-Konjunkturimpulsen stehen in den Jahren 2020 und 2021 insgesamt mehr als 550 Mio. € für Energiewende und Klimaschutz zur Verfügung.



Leitentscheidung Kohleausstieg

Nordrhein-Westfalen geht voran bei CO₂-Einsparung und Kohleausstieg, denn bis 2030 werden in NRW 13 von 16 Braunkohleblöcken abgeschaltet. Durch die neue Leitentscheidung der NRW-Koalition wird der Tagebau Garzweiler II verkleinert, der Tagebau Hambach zehn Jahre früher als geplant stillgelegt – 1,2 Milliarden Tonnen Kohle bleiben in der Erde. Der Hambacher Forst und die umliegenden Wälder bleiben erhalten. Für die Region gibt es ein umfassendes Konzept für einen modernen Strukturwandel. Dadurch werden Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen. Zum Rheinischen Revier geben unsere vier Abgeordneten von vor Ort Einblick im Interview auf Seite 2 und 3.



Erneuerbare Energien

Nordrhein-Westfalen ist auf den Spitzenplätzen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. Im Jahr 2020 haben wir erstmals Platz eins beim Ausbau der Windenergie an Land erreicht – und das trotz dichter Besiedlung. Es wurden Anlagen mit einer Gesamtleistung von 317 Megawatt in Betrieb genommen. Auch im Ausbau bei der Photovoltaik lag Nordrhein-Westfalen 2020 in der Spitzengruppe der Länder im bundesweiten Vergleich. Wir haben das feste Ziel formuliert, die installierte Leistung der Windenergie und der Photovoltaik bis 2030 zu verdoppeln (Vergleich 2018). Zusätzlich macht Nordrhein-Westfalen Tempo mit der Wasserstoffstrategie und dem Ausbau der Elektromobilität. Klimaschutz ist Querschnittsaufgabe und wir denken ihn in jedem Bereich mit.



Klimaanpassung

Mit dem Klimaanpassungsgesetz hat der Landtag ein Gesetz beschlossen, mit dem wir den unabdingbaren Folgen des Klimawandels entgegenwirken. Ziel ist es, die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen und Klimafolgen in jedem Bereich von vorneherein mitzudenken. In den vergangenen Jahren hat es vor allem extreme Dürre und Hitze in den Großstädten gegeben. Sowohl für die Wälder als auch für die Ballungsräume gibt es Ansätze, wie wir diese besser und schneller an den Klimawandel anpassen können. Dach- und Fassadenbegrünung ist eine Möglichkeit, in den Innenstädten wieder für bessere Luft zu sorgen, sogenannte Hitzeinseln zu vermeiden und gleichzeitig die Artenvielfalt zu stärken. Die Wiederaufforstung der Wälder mit klimaresistenten Baumarten ist eine Möglichkeit, unseren CO₂-Neutralisierer Nummer 1 widerstandsfähiger zu machen. Aber auch für Starkregen müssen wir uns rüsten, wie die aktuelle Flutkatastrophe gezeigt hat. Wir wollen in einem Modellprojekt eine sogenannte Schwammstadt testen, die mit unterirdischen Becken, Grünflächen und offenen Böden plötzlich anfallende Wassermassen besser aufnehmen kann. Das beugt Überflutungen vor und sorgt dafür, dass Wasser für Dürreperioden gespeichert werden kann.



Wald

Wir stärken unseren Wald. Dürre, der Borkenkäfer, Sturm – unser Klimaschützer Nummer 1 muss eine Menge aushalten. Deshalb unterstützen wir die Waldbesitzerinnen, Waldbauern und Forstwirte, die sich um unsere Wälder kümmern. Dafür stellt das Land 100 Millionen Euro innerhalb von 10 Jahren bereit und in den Jahren 2020 und 2021 insgesamt 132 Millionen Euro. Es geht um die Beseitigung von Schadholz, die Wiederbewaldung und das Pflanzen von klimastabilen Arten. Wir arbeiten mit der Wissenschaft zusammen, die das Land bei neuen Strategien zugunsten unserer Wälder berät. Zudem kommt jetzt die von uns geforderte Baumprämie auf der Bundesebene, sprich der Ausgleich für Waldbesitzer für die Bäume, die sie pflanzen und für die Gemeinwohlaufgaben, die sie erfüllen.





Löttgens parlamentarischer Nachschlag!

Medialer Lärm

Manfred Rommel, der leider verstorbene langjährige CDU-Oberbürgermeister von Stuttgart, schrieb 1993 in einem Buch: „In unserer lärmenden Welt wird, wer leise spricht, nicht gehört.“ Damals nutzten gerade mal 0,5 Prozent der Deutschen das für sie neue Medium Internet und 130.000 Teilnehmer waren mit den ersten Handys im D1-Netz erreichbar. Es gab noch keine „Fake News“ und Falschmeldungen, die Empörung hervorriefen, wurden eine Woche später durch eine Gegendarstellung korrigiert. Meinungsroboter, sogenannte „Social Bots“, oder „Hate Speech“ waren unbekannt, weil die sogenannten „Sozialen“ Netzwerke wie Facebook erst seit 2004 existierten.

Heute sind diese Phänomene Teil unseres Alltags und der mediale Lärm, den sie erzeugen, überlagert zunehmend die leisen Töne der Medien, die sich bemühen, Hintergründe zu erläutern und durch Einordnung Orientierung zu bieten. Was tun, wenn jemand glaubt, dass Impfungen Autismus erzeugen, das eigene Land zum Spielball geheimer Medienmächte geworden ist oder aber es sich beim Klimawandel um eine Erfindung handelt?

Wem soll man noch glauben? Welche Quelle lässt sich überhaupt noch verifizieren, wenn russische Hacker oder bezahlte Trolle die neuesten Horrorstories in die eigene Timeline spülen? Je mehr – womöglich widersprüchliche, in der Summe jedoch beunruhigende – Informationen auf Menschen einprasseln, desto größer ist die Chance effektiver Desinformation, weil man sich irgendwann unvermeid-

lich nach der Ruhebank fester Wahrheiten und klarer Orientierungen sehnt.

Hinzugekommen ist seit einiger Zeit der Eindruck, dass manche Journalistinnen und Journalisten, selbst aus öffentlich-rechtlichen Anstalten, regelmäßig dazu antreten, Menschen zu erziehen, anstatt zu berichten. Berichtet wird nicht, was stimmt, sondern was in ein bestimmtes Weltbild passt. Im Gegenwartsjournalismus existieren innere Schwächen, die zu einem Vertrauensverlust zwischen Bürgern und Medien geführt haben.

In den entscheidenden Wochen mit der für unser Land so wichtigen Bundestagswahl vor Augen ist es geradezu überlebenswichtig, sich die Existenz und Wirkung dieser allgemeinen informationellen Verunsicherung vor Augen zu führen, zu widerstehen, sie zum eigenen Vorteil zu nutzen und ihr stattdessen entschieden entgegenzuwirken! Es sind die Populisten von links und rechts, die Hetzer auf beiden Seiten, die diese fortdauernde mediale Überforderung für ihre Zwecke und auf Kosten unserer demokratisch gefestigten Grundsätze ausschachten wollen.

Mit Blick auf diese Entwicklung und einem kleinen Seitenblick auf so manche Vorschläge und Vorhaben der politischen Mitbewerber von B90/Die Grünen möchte ich Manfred Rommel zum Schluss noch einmal zu Wort kommen lassen: „Zu den schönsten menschlichen Tätigkeiten gehört es, anderen sagen zu dürfen, was richtig ist, ohne dies selbst tun zu müssen.“

IMPRESSUM:

Herausgeber: CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf | Vorsitzender: Bodo Löttgen MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer: Matthias Kerckhoff MdL | Redaktion: Stephanie von Schwanenflügel, Joschka Thiel, Susann Kobienia, Juliane Kinast, Dirk Herrmann, Sarah Katharina Wolpers | Kontakt und Website: www.cdu-fraktion.nrw | Bilder: Shutterstock, Adobe Stock, CDU-Fraktion



Armin Laschet ist Spitzenkandidat für die Bundestagswahl 2021

„Zusammenhalt ist unser Antrieb“

Die CDU Nordrhein-Westfalen zieht mit Ministerpräsident und Unions-Kanzlerkandidat Armin Laschet an der Spitze in den Bundestagswahlkampf 2021. Eine Landesvertreterversammlung wählte den Aachener mit 99,1 Prozent auf Platz eins der Landesliste. Zuvor schwor der Vorsitzende der CDU Deutschlands die 250 Vertreterinnen und Vertreter in einer kämpferischen Rede auf den kommenden Bundestagswahlkampf ein.

„Es geht bei dieser Wahl darum, ob die vor uns liegende Zeit ein Modernisierungsjahrzehnt wird oder aber ein Experimentierfeld für Ideologien von Grün-Rot-Rot“, sagte Armin Laschet in Düsseldorf. Deutschland sei ein großartiges Land. Damit dies so bleibe, müsse sich Deutschland bewegen. Nur die CDU bringe die nötige Erfahrung und erneuernde Kraft zur Bewältigung der großen Aufgaben wie den Klimaschutz zusammen: „Nicht mit Verboten, Verzicht und Verlust – sondern mit Impulsen, Innovationen und Ideen.“ In Nordrhein-Westfalen zeige die CDU seit vier Jahren zusammen mit der FDP, wie man ein vielfältiges Land erfolgreich voranbringen und gleichzeitig zusammenhalten könne.

Nach Armin Laschet folgen auf den Listenplätzen zwei bis fünf die Bundesministerin für Bildung und Forschung Anja Karliczek, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ralph Brinkhaus, Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sowie die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Elisabeth Winkelmeier-Becker. Insgesamt sind ein Drittel der vorgeschlagenen Kandidaten Frauen. Auf den Plätzen 1 bis 20 beträgt der Frauenanteil sogar 40 Prozent. Die jüngste Kandidatin ist 25 Jahre alt, der älteste Kandidat 71 Jahre alt.

Auch der Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen Josef Hovenjürgen zeigte sich sehr zufrieden mit dem Ver-

lauf der Vertreterversammlung: „Die CDU Nordrhein-Westfalen bringt eine große personelle Vielfalt und programmatische Breite in den Bundestagswahlkampf der Union ein. Wir machen den Wählerinnen und Wählern ein überzeugendes Angebot, für das wir zusammen mit unserem Spitzenkandidaten Armin Laschet einen engagierten Wahlkampf machen werden. Die CDU Nordrhein-Westfalen bietet Köpfe und Konzepte für die erfolgreiche Gestaltung der Zukunft Deutschlands an“, bekräftigt er.

Weitere Impressionen von der Landesvertreterversammlung, die gesamte Landesliste sowie die Rede von Armin Laschet als Text und Video finden Sie hier: <https://www.cdu-nrw.de/lvv> ■

Die ersten zehn Plätze der Landesliste

1. Armin Laschet
2. Anja Karliczek
3. Ralph Brinkhaus
4. Jens Spahn
5. Elisabeth Winkelmeier-Becker
6. Paul Ziemiak
7. Günter Krings
8. Serap Güler
9. Thomas Rachel
10. Astrid Timmermann-Fechter

Eine Übersicht über alle Direktkandidatinnen und -kandidaten der CDU Nordrhein-Westfalen finden Sie hier:

<https://www.cdu-nrw.de/bundestagswahl-kandidaten>

Impressionen von der Landesvertreterversammlung



Die Junge Union Nordrhein-Westfalen startet in den Bundestagswahlkampf!

Mit Catarina dos Santos und Florian Müller an der Spitze

Am 8. Mai hat der Landesvorstand der Jungen Union NRW einstimmig Catarina dos Santos und Florian Müller zu den Spitzenkandidaten des Landesverbandes für die anstehende Bundestagswahl gewählt. Neben den anderen Kandidaten aus den Reihen der Jungen Union werden beide in besonderer Weise vom Landesverband bei ihrem Wahlkampf begleitet und unterstützt. Catarina dos Santos ist Volljuristin mit einem Schwerpunkt im Steuerrecht, 26 Jahre alt, seit 2014 Mitglied der Jungen Union NRW und engagiert sich als Sprecherin des Arbeitskreises Frauenförderung im

Landesvorstand der JU NRW. Sie tritt für den Wahlkreis Aachen Land an. Florian Müller leitete über vier Jahre das Bundestagsbüro von Matthias Heider und ist nun seit 2019 bei der Deutschen Lufthansa für Strategie und Regulierung zuständig. Er ist 33 Jahre alt, seit 2002 Mitglied der Jungen Union NRW, war im JU Landes- und Bundesvorstand aktiv und ist nun Bundestagskandidat im südlichen Märkischen Kreis und im Kreis Olpe.

Im Rahmen der Landesvertreterversammlung konnten unser Landesvorsitzender, Johannes Winkel, sowie unser Ministerpräsident und Vorsitzender der CDU Nord-



rhein-Westfalen, Armin Laschet, den beiden Kandidaten persönlich zu ihrer Nominierung gratulieren.

Inzwischen hat der Wahlkampf beider Kandidaten volle Fahrt aufgenommen – natürlich mit tatkräftiger Unterstützung der engagierten Mitglieder der jeweiligen JU-Kreisverbände. Ein altbewährtes Mittel des Wahlkampfes, das gerade aufgrund der langen Zeit ohne persönliche Begegnungen umso wichtiger erscheint, ist der klassische Haustürwahlkampf. Trotz der weiterhin gebotenen Vorsicht im Umgang mit der Pandemie, erhalten unsere Mitglieder viele positive Rückmeldungen von Seiten der Bürgerinnen und Bürger, die sich freuen, mit den Kandidaten wieder in den direkten Austausch treten zu können.

Mithilfe der Connect-App, der Corona-Warn-App und natürlich unter Einhaltung der Hygienevorschriften werden auch in diesem Jahr zahlreiche JÜler über viele Wochen an den Haustüren in Nordrhein-Westfalen klingeln. Aus den Erfahrungen des Kommunalwahlkampfes 2020 wissen wir, welche große Bedeutung dem persönlichen Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern weiterhin zukommt. Wenngleich sich das politische Alltagsgeschäft an vielen Stellen in den digitalen Raum verlagert, sei es bei Instagram, Twitter oder Facebook, werden digitale Kampagnen und Online-Konferenzen das zwischenmenschliche Miteinander sowie einen direkt geführten Diskurs nicht ersetzen können – erst recht nicht in Wahlkampfzeiten. So ist es für viele Mitglieder der Jungen Union NRW eine spannende Erfahrung, „Live“ (und teilweise sogar zum ersten Mal) mit ihren Bundestagskandidaten für die Durchsetzung der besten Ideen in den politischen Wettbewerb vor Ort zu treten. Auch hier zeigt sich das große Engagement der zahlreichen jungen Mitglieder, die für unsere lebendige Demokratie streiten wollen.

Wahlkampfzeit ist Mitgliederwerbezeit

Der erste eigen bestrittene Wahlkampf bleibt vielen JU- und CDU-Mitgliedern in guter Erinnerung. Es ist nicht nur eine politisch spannende, sondern gar elektrisierende Zeit, gemeinsam mit liebevoll gewonnenen Freunden, die verschiedenen Aktionen im Wahlkampf zu begleiten. Als letzte verbliebene Volkspartei sollte es unser Ziel sein, die Gesellschaft in ihrer gesamten Breite anzusprechen und zu repräsentieren. Dies muss sich auch in unserer Mitgliederstruktur entsprechend widerspiegeln. Volkspartei sein, heißt, sich in verschiedene Interessen, Lebensentwürfe, politische Vorstellungen zu versetzen, um im Sinne aller Politik machen zu können. Wir stehen für Azubis genauso wie für Studenten ein, sind sowohl in Köln als auch im Hochsauerland die stärkste politische Jugendorganisation. Damit das so bleibt, müssen wir die



Herausforderungen der kommenden Jahre gut bewältigen. Denn die geburtenstarken Jahrgänge Ende der 1980er scheiden langsam aber sicher altersbedingt aus der Jungen Union aus.

Gerade zu Wahlkampfzeiten wird das enorme Engagement unserer Mitglieder öffentlichkeitswirksam sichtbar. Wir möchten diesen Enthusiasmus und die Freude an dem politischen Wettbewerb nutzen, um bisher unentschlossene junge Menschen für Politik, für die Arbeit der Jungen Union sowie langfristig für die CDU zu begeistern. Deshalb heißt es für uns: Wahlkampfzeit ist Mitgliederwerbezeit! Aus diesem Grund haben wir bei unserer diesjährigen Summer JUniversity von unserer unseren Mitglieder-Marathon ausgerufen, der bis zur Summer JUniversity 2022 andauert. Während dieser Veranstaltungsreihe bringen wir JÜler aus ganz Nordrhein-Westfalen alljährlich zu einem mehrtägigen Bildungsprogramm mit einem tollen Rahmen- und Kulturprogramm zusammen. Bis zu unserem nächsten Wiedersehen bei der Summer JUniversity 2022 in Bocholt verlosen wir unter allen Neumitgliedern regelmäßig spannende JU-Preise. Darüber hinaus werden die Kreisverbände, die die meisten Neunmitglieder (relativ und absolut) werben, zu einer mehrtägigen Fahrt nach Berlin sowie Düsseldorf eingeladen. Über unsere Homepage können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Marathons die aktuelle Mitgliederentwicklung und das Werber-Ranking verfolgen. Unser sportliches Ziel: 1.600 Neumitglieder in den nächsten zwölf Monaten. Ambitioniert, aber mit viel Motivation, Leidenschaft und Überzeugungskraft werden wir es schaffen! ■



Katastrophenschutz neu denken: Es braucht ein stärkeres Bewusstsein für die Verletzbarkeit unserer Gesellschaft

Von Herbert Reul, Minister des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen

Mitte Juli zog das Unwetter „Bernd“ über weite Teile Nordrhein-Westfalens und hinterließ eine Spur der Verwüstung. Mit anhaltendem Starkregen sorgte das Sturmtief für Überschwemmungen, Unterspülungen, Sturzbäche, Deichbrüche, zerstörte Straßen und Häuser, voll- und übergelaufene Talsperren sowie ausgefallene Telekommunikations-, Gas- und Stromversorgung in bisher ungekanntem Ausmaß für unsere Region. Insgesamt waren 25 Kreise und kreisfreie Städte in den drei Regierungsbezirken Arnsberg, Düsseldorf und Köln betroffen – besonders hart hat es die Tallagen der Eifelausläufer im Südwesten unseres Landes getroffen.

Die traurige Bilanz dieser größten Naturkatastrophe in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen: 47 Todesopfer allein in unserem Bundesland, unzählige Verletzte, viele zerstörte Existenzen. Der Sachschaden allein an öffentlicher Infrastruktur wie Straßen, Schulen und Versorgungseinrichtungen geht in die Milliarden. Das Land hilft betroffenen Kommunen hier als erste Maßnahme mit einer Soforthilfe in Höhe von 65 Millionen Euro. Die Folgen dieses massiven Unwetters für die betroffenen Menschen in der Region sind hingegen nicht zu beziffern: Einiges wird man mit Geld wieder neu kaufen, ersetzen, reparieren können – dazu gibt es zur ersten Bewältigung 235 Millionen Euro Soforthilfe vom Land. Verlorene Freunde, Bekannte und Nachbarn aber sind unersetzbar.

Wenn bei einem Naturereignis wie diesem in unserer wohlhabenden, hochtechnisierten Industrienation 47 Menschen ihr Leben verloren haben, ist es Zeit innezuhalten. Es kann nicht alles rich-

tig gelaufen sein, es kann nicht alles optimal funktioniert haben. Das liegt nicht am großartigen Einsatz der bis zu 23.000 Helferinnen und Helfer, die täglich im Einsatz waren. Aber es gilt, Abläufe und Prozesse schonungslos aufzuarbeiten – sodass aus diesem schmerzlichen Großereignis und seinen Folgen die richtigen Lehren gezogen werden, sich vermeidbare Fehler nicht wiederholen und Verbesserungspotentiale ausgehoben werden. Vielleicht auch, damit ein Umdenken einsetzt, das in Zeiten des Klimawandels nötig erscheint.

Nimbus der Unverletzbarkeit bekommt Risse

Viele Jahre lang haben die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland sich sicher gefühlt – sicher vor äußeren Bedrohungen, sicher vor inneren Unwägbarkeiten, sicher vor Krankheiten und Naturkatastrophen. Freiheit, Sicherheit und Wohlstand – das waren und sind die Versprechen der Bundesrepublik Deutschland an ihr Volk. Und diese Versprechen haben die Gesellschaft kollektiv und jeden einzelnen individuell getragen und für gute Lebensbedingungen und einen rasanten technischen Fortschritt gesorgt. Es herrschte das Gefühl vor, uns könne so schnell nichts passieren – bis in die jüngere Vergangenheit. Denn dieser Nimbus der Unverletzbarkeit bekommt durch die Einschläge der letzten Zeit Risse. Es erwacht eine Erkenntnis, die lange unbewusst war: Absolute Sicherheit gibt es nicht!

Für viele Bundesbürgerinnen und -bürger war das spätestens mit dem Beginn der Corona-Pandemie der Fall. Plötzlich gab es dieses mikroskopisch kleine Virus, das Menschen ernsthaft

krankmachen, ja sogar ums Leben bringen kann. Und diese Virus-erkrankung war plötzlich nicht mehr ein Phänomen der Anderen – wie es vielleicht bei AIDS oder Ebola der Fall ist. Es konnte jeden treffen – und es gab in der Anfangsphase keine Gewissheit über wirksamen Schutz und keine Impfung. Das Virus verbreitete sich in ganzen Landstrichen, zwang große Volkswirtschaften wie die unsere in die Knie. Wer hätte denn noch vor zwei Jahren wirklich für möglich gehalten, dass eine unsichtbare Virusgefahr in Deutschland zur flächendeckenden Schließung von Schulen und Geschäften führt? Das wäre vielleicht eine Handlung für einen Endzeit- und Katastrophenfilm, aber doch kein Szenario für die reale Gegenwart – erst recht nicht hier bei uns. In einem anderen, aber insbesondere für die betroffenen Regionen nicht weniger beklemmenden Ausmaß hat nun die Flutkatastrophe eine ähnliche Wirkung. Der Mensch ist verletzlich, den Naturgewalten zumindest in letzter Konsequenz ausgeliefert.

Bewusstsein für Katastrophenschutz schaffen und das Ehrenamt stärken

Die Aufarbeitung der konkreten Abläufe wird – wenn sie ehrlich betrieben und nicht vom politischen Oppositionsgebaren allein bestimmt wird – eine Weile dauern. Für eine solche schonungslose Analyse setze ich mich ein und stelle einige Fragen, deren Beantwortung ich für essentiell halte. Die wichtigste: Wie schaffen wir in der Bevölkerung wieder ein Bewusstsein für die Verletzbarkeit, die von Katastrophen ausgeht? Nur wenn nämlich diese Verletzbarkeit anerkannt wird, entsteht ein Bewusstsein für den so dringend notwendigen Schutz davor.

Warnungen spielen dabei eine wesentliche Rolle: Sie müssen ankommen, verstanden und auch ernstgenommen werden. Dafür brauchen wir einen „Warnmix“ – das hat die aktuelle Unwetterkatastrophe gezeigt. Die von mir ins Bewusstsein zurückgeholt Sirenen leisten hierbei einen wertvollen Beitrag, sodass wir den Ausbau des Netzes dringend weiter voranbringen müssen – Sirenen sollten in jedem Ort einsatzbereit sein. Das Heulen der Sirene muss aber als klare Handlungsanweisung verstanden werden: im Radio, Fernsehen oder Internet informieren. Dass Warnungen und Handlungsanweisungen dann dort auch zu finden sind, darüber verhandeln wir gerade mit dem für die Öffentlichkeit wichtigen Westdeutschen Rundfunk (WDR). Auch Warn-Apps auf dem Smartphone und – noch besser – das sogenannte „Cell Broadcast“ (CB) spielen bei der Warnung eine wichtige Rolle. Während Apps offenbar noch nicht den gewünschten Effekt bei der Masse der Menschen erzielen, erscheint die schnellstmögliche Einführung des CB – also der Warnung per SMS an alle Menschen in betroffenen Funkzellen – besonders erfolgversprechend. Ich begrüße sehr, dass der Bundesinnenminister Horst Seehofer diese seit langem erhobene Forderung aus Nordrhein-Westfalen aufgegriffen hat. Sollte die bundesweite Einführung zu lange dauern, wird NRW hier notfalls auch im Alleingang vorangehen.

Nach der Warnung kommt die Bewältigung der Katastrophe: Hier gibt es nun aus einigen politischen Ecken den lauten Ruf nach stärkerer Zentralisierung des Katastrophenschutzes. Das halte ich für nicht hilfreich, im Gegenteil: Es ist doch genau das dezentrale Wesen des Katastrophenschutzes, das ihn stärkt. Einschätzungen zu Naturkatastrophen müssen vor Ort getroffen werden, wie das Unwetter gezeigt hat. Starkregen im Flachland haben eine ganz andere Wirkung als in der hügeligen Eifel und erfordert daher auch andere Maßnahmen. Wieso sollte eine vermeintlich omnipotente Zentralinstanz ohne genaue Ortskenntnis hier bessere Entscheidungen treffen als der Landrat, (Ober-)Bürgermeister oder örtliche Feuerwehrchef? Auch die Tatsache, dass Feuerwehren und Hilfsdienste dezentral stationiert sind, sorgt für eine schnelle Verfügbarkeit im Krisenfall – auch in entlegeneren Regionen. Das ändert allerdings nichts daran, dass das wohlüberlegte, häufig erprobte und grundsätzlich gut funktionierende Konzept der überörtlichen Hilfe – also die Unterstützung aus benachbarten Kreisen oder dem ganzen Land – im Lichte der aktuellen Einsätze auch auf den Prüfstand gehört.

Ein letzter Punkt: die Stärkung des Ehrenamtes. Das Engagement von den zahlreichen Helferinnen und Helfern neben dem Beruf ist in dieser Krise und wird auch bei zukünftigen Katastrophenlagen unersetzbar sein – und ist deshalb von unschätzbarem Wert. Damit diese Menschen aber auch zukünftig bereitwillig helfen, müssen wir das Ehrenamt stärken. Das geht nicht übers Geld, darum geht es Freiwilligen Feuerwehrleuten, Technikern beim THW, Rettungsschwimmern bei der DLRG oder Sanitätern bei Johannitern, Maltesern, dem DRK oder dem ASB gar nicht. Es geht im Wesentlichen um Wertschätzung – und dafür gibt es viele Wege. Der Dank eines Ministers ist dabei das Mindeste! ■



Herbert Reul bei der Eröffnung des neuen Trainings- und Ausbildungszentrums des Instituts der Feuerwehr NRW in Kreuzau-Stockheim im Kreis Düren.

12 Fragen an Michaela Noll

Seit 2002 vertrete ich meine Heimat, den südlichen Kreis Mettmann, als direkt gewählte Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Nach dem Abitur habe ich zunächst eine Dolmetscherausbildung und dann mein Jura-Studium erfolgreich absolviert (2. Juristisches Staatsexamen/zugelassene Rechtsanwältin). Familienpolitik war immer mein Herzensanliegen und dadurch Arbeitsschwerpunkt. Ich durfte „meine“ Bundestagsfraktion in verschiedenen Ämtern unterstützen: als Justiziarin, Parlamentarische Geschäftsführerin und Bundestagsvizepräsidentin. Seit 2018 bin ich Präsidentin der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft. Für mein ehrenamtliches Engagement habe ich von Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert a.D. das Bundesverdienstkreuz verliehen bekommen. Als Schirmherrin für viele Vereine im Wahlkreis „Türöffner“ zu sein, hat mir immer besonders viel Freude bereitet.

Wie trinken Sie Ihren Kaffee?

Am liebsten als Latte Macchiato, am besten mehrfach am Tag.

Haben Sie ein Lebensmotto?

Was Du selbst erledigen kannst, tue es – und belästige damit nicht andere.

Wie sind Sie in die Politik gekommen?

Nach meinem Studium und der Geburt meines Sohnes wollte ich wieder in den Job und musste feststellen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht umsetzbar war. Wunsch und Wirklichkeit für berufstätige Mütter waren nicht kompatibel! Da wurde mir klar: Hier ist dringend Verbesserung notwendig!

Haben Sie ein politisches Vorbild? Wenn ja, wen?

Ich habe kein politisches Vorbild. Wichtig für mich ist, dass Menschen über einen Wertekompass verfügen, geradlinig und verlässlich sind – nicht nur in guten Zeiten. Das verkörperte für mich meine Großmutter „Ömelchen“.

Warum haben Sie sich dazu entschieden, dieses Jahr bei der Bundestagswahl nicht mehr anzutreten?

Alles hat seine Zeit und mein Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag wollte ich immer selbst bestimmen. Nach 19 Jahren als Abgeordnete ist für mich der Zeitpunkt gekommen.

Was würden Sie Frau dos Santos raten, die zum ersten Mal für den Bundestag kandidiert?

Sie hat Mut, was sie jetzt noch braucht sind Durchsetzungskraft, Durchhaltevermögen und ein breites Netzwerk, um ihre Arbeit als Bundestagsabgeordnete gut umzusetzen.

Haben Sie einen Geheimitipp für Berlin?

Nein, nicht wirklich. Das Kunst- und Kulturangebot ist zwar vielfältig, die freie Zeit als Abgeordnete sehr, sehr knapp. Das muss man nach der Zugehörigkeit zum Bundestag in Angriff nehmen.

Auf welches politische Projekt sind Sie besonders stolz?

Das Bundeskinderschutzgesetz – ein Meilenstein für mehr Kinderschutz in Deutschland. Als Berichterstatteerin im Familienausschuss durfte ich für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion das Entstehen federführend gestalten.

Was war für Sie das wichtigste, das Sie während Ihrer Zeit in Berlin gelernt haben?

Zwei berufliche Standorte zu koordinieren, offen zu bleiben für Veränderungen und sich trotzdem treu zu bleiben.

Welches politische Thema sollte die CDU Ihrer Meinung nach in der nächsten Legislaturperiode am dringendsten anpacken?

Das Positionspapier der CDU/CSU-Fraktion „Durchstarten nach der Pandemie“ muss auf den Weg gebracht werden, um die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen noch mehr zu schützen (www.cdu.nrw/durchstarten).

Wie geht es bei Ihnen ab Herbst beruflich weiter?

Das bleibt mein Geheimnis!

Frage an Michaela Noll von Catarina dos Santos:

Was ist der klügste Ratschlag, den Ihnen jemand in den letzten 19 Jahren gegeben hat?

Der klügste Ratschlag war: Immer einen kühlen Kopf bewahren!

12 Fragen an Catarina dos Santos

Ich bin Catarina dos Santos Firnhaber – 27 Jahre alt und Rechtsanwältin. Seit 2020 vertrete ich meine Heimatstadt Eschweiler im Städteregionstag Aachen. Dort bin ich stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Sprecherin für Mobilität und zugleich im Stadtrat aktiv. Auch in der Partei habe ich früh Verantwortung übernommen: Ich bin Mitgliederbeauftragte der CDU Kreis Aachen Land und stellv. Stadtverbandsvorsitzende in Eschweiler. Gleichzeitig arbeite ich in der Jungen Union als Mitglied im NRW-Landesvorstand und als Kreisvorsitzende. Aufgewachsen bin ich in Eschweiler und lebe mit meinem Partner noch immer dort. Aktuell arbeite ich als Rechtsanwältin für Steuer- und Gesellschaftsrecht in einer mittelständischen Kanzlei in Meerbusch bei Düsseldorf.

Wie trinken Sie Ihren Kaffee?

Schwarz, bei Espresso mit ein bisschen Zucker.

Haben Sie ein Lebensmotto?

Kein klassisches Motto in dem Sinne, aber ich versuche jeden Tag ein bisschen besser zu sein als gestern.

Wie sind Sie in die Politik gekommen?

Ich habe mich schon als Kind für politische Zusammenhänge interessiert und auch gerne diskutiert. Aktiv in die Politik gekommen bin ich allerdings eher zufällig, als ich meinen jetzigen Stadtverbandsvorsitzenden beim Pendeln in der Bahn getroffen habe. Dann bin ich zu einer Stadtverbandsvorstandssitzung mitgegangen und war direkt dabei.

Wer ist Ihr politisches Vorbild?

Ich habe tatsächlich kein „klassisches“ Vorbild. Ich gehe lieber meinen eigenen Weg.

Was hat Sie motiviert, für den Bundestag zu kandidieren?

Unsere Gesellschaft ist vielfältig, aber nur drei der 709 Bundestagsabgeordneten sind nach 1990 geboren. Dabei trägt meine Generation die meisten Folgen der aktuellen Entscheidungen im Bundestag und muss am längsten damit leben. Ich möchte Verantwortung für diese Entscheidungen und unser Land übernehmen. Deswegen kandidiere ich.

Auf welche Weise profitieren Sie als Politikerin von Ihrem erlernten Beruf als Rechtsanwältin?

Sicherlich durch eine (nicht nur) beruflich geprägte „Detail-Liebe“. Es macht mir nichts aus, umfangreiche Vorlagen, Bücher und Unterlagen durchzuarbeiten und mich immer wieder in neue Themen einzuarbeiten. Im Gegenteil. Außerdem glaube ich, dass man sich als Rechtsanwältin immer wieder in verschiedene Blickwinkel eindenken und Probleme von mehreren Seiten betrachten muss. Das kommt mir in der politischen Arbeit jeden Tag zugute.

Was würden Sie gerne Frau Michaela Noll, die auf 19 Jahre Erfahrung im Bundestag zurückblickt, fragen?

Ich würde Frau Noll gerne fragen, was der klügste Ratschlag war, den ihr jemand in den letzten 19 Jahren gegeben hat.

Aachen oder Berlin? Für was schlägt Ihr Herz?

Mein Herz schlägt für die StädteRegion Aachen. Hier bin ich aufgewachsen, hier lebe ich.

Auf welches kommunalpolitische Projekt sind Sie besonders stolz?

Besonders ist mir der erste positive Antrag mit meinem JU-Stadtverband im Gedächtnis geblieben. Wir haben durchgesetzt, dass E-Autos in der Innenstadt zwei Stunden frei parken dürfen. Das war damals ein gutes Gefühl.

Was sind die dringendsten Probleme, die wir nach der Bundestagswahl anpacken müssen?

Ich denke, wir haben einige dringende Anliegen anzupacken. Besondere Bedeutung werden sicherlich die Pandemie-Folgen haben, flankierend die Folgen für die Wirtschaft und der Klimaschutz.

Wie können wir mehr junge Menschen für die Union begeistern?

Wenn wir weiter daran arbeiten, junge Menschen abzuholen, ihre Sorgen ernst zu nehmen und zeigen, dass „konservativ sein“ weder rückwärtsgewandt noch verstaubt ist, dann bin ich sicher, dass wir mehr junge Menschen für die Union gewinnen können.

Auf was in Berlin freuen Sie sich am meisten?

Auf die erste Abstimmung, an der ich dann teilnehmen darf. Ich glaube, dann wird noch einmal klar, was es eigentlich bedeutet, Bundestagsabgeordnete zu sein. Darauf freue ich mich.

Stark aus der Krise

Warum die Bundestagswahl zur Richtungswahl für Deutschland wird

von Paul Ziemiak

Wenn am 26. September ein neuer Bundestag gewählt wird, geht eine Ära zu Ende: Nach 16 Jahren tritt Angela Merkel als Bundeskanzlerin ab und die Wählerinnen und Wähler entscheiden, wie unsere Zukunft aussehen soll. Die nächste Regierung wird viele Weichen neu stellen und Deutschland für die nächsten Jahre und Jahrzehnte prägen. Es geht um die richtigen Entscheidungen für große Aufgaben: Klimawandel, digitaler und technologischer Wandel, demografischer und Strukturwandel. Es geht um eine Polarisierung, die mehr und mehr den gesellschaftlichen Frieden bedroht. Auch das internationale Machtgefüge verschiebt sich. Und es geht darum, wer die richtigen Antworten hat, unser Land zu neuer Stärke zu führen.

Denn die Pandemie hat uns gezeigt, dass wir ein starkes Land sind: Gemeinsam können wir auch große Krisen bewältigen, mit starkem Zusammenhalt der Gesellschaft, mit Wirtschaftshilfen, großartigen Forschern und einem Impfturbo, der die Menschen in Deutschland schützt. Die Pandemie hat aber zugleich offengelegt, dass wir in vielen Bereichen Rost angesetzt haben, dass wir Dinge ändern, dass wir schneller und effizienter werden müssen, wenn wir stark und erfolgreich bleiben wollen.

Es geht also wieder einmal um etwas. Klar ist: Wir sind als Volkspartei der Mitte führungserfahren und krisenfest. Mit unserem Programm, das auf Stabilität und Erneuerung setzt, haben wir die Antworten, um entschlossen die großen Herausforderungen der Zeit zu meistern.

Dabei halten wir Maß und Mitte und lassen niemanden zurück. Auf dem Weg zum ersten klimaneutralen Industrieland denken wir immer den Dreiklang Klimaschutz, wirtschaftliche Dynamik und soziale Sicherheit zusammen. Wir entlasten Bürger und Wirtschaft, insbesondere Familien mit kleinen und mittleren Einkommen. Wir wollen unsere Wirtschaft entfesseln, damit Deutschland stark aus der Krise kommt. Und schließlich ist klar: Armin Laschet kann Kanzler – das wissen wir in NRW am besten. Er hat die notwendige Erfahrung, die unser Land gerade jetzt braucht. Er führt zusammen und sorgt dafür, dass niemand aus dem Blick gerät. Wir wollen gemeinsam ein modernes Deutschland gestalten.

Aber was wollen die anderen?

Die Ein-Thema-Partei: Bündnis 90 / Die Grünen

Die Grünen kennen nur ein Thema. Unser Land steht aber vor vielen Herausforderungen und nicht nur vor einer. Ein 83-Millio-

nen-Land lässt sich nicht mit Tunnelblick regieren. Und wenn man sich das Programm genauer anschaut, fallen mindestens drei Dinge auf.

Erstens: Die Grünen reden viel über Zukunft. Aber sobald es in ihrem Programmentwurf konkret wird, bieten sie nur linke, teure Rezepte an. Sie fordern höhere Steuern, die Einführung einer Vermögensteuer und wollen die Abgeltung von Kapitalerträgen abschaffen. Damit gefährden sie den wirtschaftlichen Aufschwung nach der Krise.

Für ein 500 Milliarden Euro teures Investitionsprogramm wollen sie die Schuldenbremse schleifen. Dabei hat solides Haushalten uns erst die Spielräume ermöglicht, um in der Krise stark zu agieren. Deshalb ist das Programm finanzpolitisch auch eine Hypothek für die junge Generation.

Die Grünen wollen Hartz-4-Sanktionen abschaffen und die Regelsätze anheben. Damit kündigen die Grünen das Modell des „Förderns und Forderns“ auf, Arbeit wird abgewertet und die Vermittlung in Arbeit unattraktiver.

Die Grünen trauen den Menschen wenig zu und setzen auf Vorschriften. Mit neuen Regeln, Quoten und Vorgaben meinen sie, ihre Ziele erreichen zu können. Dabei gefährden sie wirtschaftliche Dynamik und Innovation, ohne die wirksamer Klimaschutz nicht möglich ist. Wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitisch ist das grüne Programm das Gegenteil von dem, was Deutschland gerade jetzt braucht. Deshalb ist dieses Programm wie ein Fliegenpilz: Sieht schön aus, ist aber ungenießbar.

Zweitens: Entscheidend ist, was nicht im Programm steht. Denn bei vielen Themen gibt es große Lücken: Sei es bei innerer Sicherheit, Außen- und Verteidigungs- oder auch bei der Bau- und Wohnungspolitik. Es fehlen klare Aussagen zum Umgang mit islamistischen Gefährdern und gegen Hasskriminalität – im Netz und auf der Straße. Auch außenpolitisch gibt es Lücken: Das 2-Prozent-Ziel und unsere Bündnisverpflichtungen in der Nato finden sich nicht im Programm. Selbst der ehemalige grüne Außenminister Joschka Fischer zeigt sich darüber verwundert. Im Interview sagte er jüngst treffend: „Was ich weiß und wovon ich zutiefst überzeugt bin, ist, dass die Nato für Deutschlands Sicherheit ohne Alternative ist. Und insofern sind wir klug beraten, zu unseren Verpflichtungen zu stehen.“

Ein weiteres Beispiel – wo Klarheit bei den Grünen wünschenswert wäre: Thema Einfamilienhäuser. Mit keinem Wort positionieren sie sich zur Debatte um das in den eigenen Reihen thematisierte Verbot von Einfamilienhäusern, kein Wort zu den Enteignungsdiskussionen der Berliner Grünen. Damit zeigt sich einmal mehr: Die Grünen haben falsche Antworten, wenn es darum geht, in Ballungsgebieten neuen Wohnraum zu schaffen – dort wo er am dringendsten gebraucht wird.

Drittens: Die Grünen versprechen viel – aber liefern wenig. Sie regieren in elf Bundesländern mit und verfehlen selbst dort ihre eigenen Ziele. Beispiel Windkraft: Im grün geführten Baden-Württemberg kommen nur vier Prozent des Stroms aus Windkraft – geplant waren zehn. In NRW sind es inzwischen 22 Prozent, 2020 verzeichnete unser Heimatbundesland den größten Zubau in ganz Deutschland – und das trotz dichter Besiedlung. Beispiel Fahrradwege: 1.120 Kilometer wollten die Grünen in Berlin bauen – von 2018 bis 2020 waren es 29 Kilometer. In NRW hingegen sollen allein bis 2023 mehr als 100 Millionen Euro in den Ausbau von Radwegen investiert werden. Beispiel Krisenmanagement: Die Pandemiebekämpfung überforderte in Brandenburg die grüne Gesundheitsministerin so eindeutig, dass der SPD-Ministerpräsident das Krisenmanagement dem Innenminister übertrug – unserem CDU-Freund Michael Stübgen.

Falsche Rezepte für Deutschlands Zukunft: Die SPD

Trotz starker Grüner dürfen wir die SPD nicht vergessen, die in NRW – im Gegensatz zum Bundestrend – an einigen Stellen ein ernstzunehmender Gegner bleibt. Das verwundert umso mehr, als auch die SPD keine Rezepte für die Zukunft hat.

Im Gegenteil: Anstatt Handwerker, Händler und Betriebe zu stärken, verhindert sie mit weiteren Belastungen Investitionen in Zukunftstechnologie und neue Arbeitsplätze. Sie will höhere Erbschaftssteuern und eine Vermögenssteuer. Sie will den Rest-Soli behalten und das Ehegatten-Splitting abschaffen. Im Detail bleibt das aber alles so schwammig, dass sogar die linke Tageszeitung „taz“ schreibt: Von einem Kanzlerkandidaten, der zugleich Finanzminister sei, ließe sich ein sauber gerechnetes Wahlprogramm erwarten.

Auch in der Arbeitsmarktpolitik verlässt die SPD den Pfad der Vernunft: Aus Hartz IV wird ein „Bürgergeld“. Sanktionen gegen Arbeitsverweigerer sollen abgeschafft und Sozialleistungen erhöht werden. Die SPD verliert jene aus den Augen, die jeden Tag mit ihrer Hände Arbeit zur Finanzierung des Sozialstaats beitragen.

Das alles zeigt: Die SPD hat die Mitte geräumt. Die einst stolze Volkspartei von Willy Brandt, Helmut Schmidt und Johannes Rau ist ein linkes Projekt geworden. Olaf Scholz ist die blasse Fassade einer Partei, die längst dem straffen Linkskurs von Esken,

Walter-Borjans und Kühnert folgt. Eine Führung, die sich mit kruden Verstaatlichungsfantasien immer weiter von der sozialen Marktwirtschaft entfernt und in der Etablierung des „Binnen I“ eine der wichtigsten politischen Aufgaben im Land sieht. Das SPD-Wahlprogramm atmet den Geist von Steuererhöhungen, Umverteilung und mehr Bürokratie.

Wie wenig Erfolg sie mit diesen Rezepten hat, zeigt sich nicht nur in den Umfragen, sondern auch in einer schrillen politischen Rhetorik. Immer wieder haben SPD-Abgeordnete in den vergangenen Wochen die Union offen attackiert und damit nicht nur die Koalition, sondern auch die gemeinsame erfolgreiche Arbeit beschädigt. Die geschmacklosen Tiefschläge gegen Jens Spahn und die gemeinsame Pandemiepolitik waren da nur die Spitze des Eisbergs. Die SPD sehnt sich regelrecht nach der Opposition. Nur hat Opposition in der Regierung noch nie funktioniert. Bemerkenswert sind die Angriffe aber auch deshalb, weil wir uns nach wie vor in einer der schwersten Krisen seit der Gründung der Bundesrepublik befinden. Es ist nicht die Zeit für Frontalangriffe gegen den Koalitionspartner, sondern für verantwortungsvolles Regierungshandeln. Deshalb ist uns ein fairer Wahlkampf wichtig

Die Anti-Deutschland-Partei: AfD

In vielen ostdeutschen Wahlkreisen ist die AfD unser stärkster Gegner. Für die Union ist klar: Wir grenzen uns entschieden ab und bekämpfen sie. In den Wahlkreisen gilt: Entweder wir oder die. Die AfD ist in großen Teilen rechtsextrem. Sie verbündet sich nicht nur mit Corona-Leugnern und Anhängern von Verschwörungsmethoden, sondern verbreitet diese oft antisemitischen Mythen sogar selbst. Deshalb ist die AfD für uns die Anti-Deutschland-Partei und wird völlig zurecht vom Verfassungsschutz beobachtet.

All das zeigt: Gutes Regieren geht weder mit grünen Luftschlossern noch mit linken Umverteilungsfantasien, sowieso nicht mit rechten Verschwörungstheoretikern und Verfassungsfeinden. Gutes Regieren braucht Erfahrung und Können und einen Plan, der den Menschen das Leben erleichtert.

Wir wollen einen Kurs der Stabilität und Erneuerung, der uns stark aus der Krise führt. Wir gestalten ein Modernisierungsjahrzehnt, das Klima, Arbeit und Soziales zusammendenkt. Wir setzen uns für eine starke Wirtschaft als Fundament für Wachstum und Wohlstand ein.

Und wir sehen schon jetzt: Diesen Kurs gibt es nur mit der CDU, diesen Kurs gibt es nur mit Armin Laschet. ■



Hovenjürgens
ANSAGE!

Liebe Freunde!

Unsere parlamentarische Demokratie lebt ganz wesentlich von Rede und Gegenrede. Vom Austausch der Argumente und vom friedlichen Diskurs. Ja, bei diesem Austausch darf es auch ruhig einmal emotional und hitziger werden. Auch darf man Dinge zuspitzen. Allerdings gibt es doch rote Linien, die nicht übertreten werden dürfen.

Mit Sorge sehe ich, dass diese Grenzen immer weiter ausgedehnt werden. Häufig werden Argumente durch Polemik ersetzt, der Diskurs durch bewusst falsche und unsachliche Anschuldigungen.

Auch wenn wir uns in der heißen Phase des Wahlkampfes befinden, sollten wir uns als CDU diese Methode nicht zu Eigen machen. Denn wer so vorgeht, der zerstört letztlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Unser Anspruch als verantwortungsvolle Volkspartei muss es sein, die Herausforderungen klar zu benennen, gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, dafür zu werben und diese abschließend umzusetzen. Einfache Lösungen gibt es in der Realität nicht. Jeder von uns weiß das aus eigenem Erleben. Andererseits klingen diese einfachen „Lösungen“ gerade deshalb für viele Menschen deshalb allzu verlockend.

Wir alle sind gefordert, daran mitzuwirken, die Herausforderungen unserer Zeit zu lösen. Nicht „die Politik“ löst diese Aufgaben, sondern jeder einzelne von uns muss seinen Anteil dazu beitragen. Jeder einzelne steht in der Verantwortung, jeder einzelne ist „die Politik“.

Was Verantwortung ganz konkret bedeutet, können wir bei den vielen tausenden ehrenamtlichen Helfern sehen, die sich selbstlos und uneigennützig für andere engagieren. In der Bekämpfung der Corona-Pandemie genauso wie bei der Not- und Katastrophenhilfe und beim Wiederaufbau nach der Unwetterkatastrophe in unserem Bundesland und andernorts. Für sie ist Zusammenhalt nicht nur ein Wort, sondern Leitlinie ihres Handelns. Damit sind sie wahre Vorbilder. Ihnen gilt mein und unser großer Dank.

Wir als christliche Demokraten machen eine Politik für die Menschen von heute, haben gleichzeitig aber auch die kommenden Generationen im Blick. Wir spielen niemanden gegeneinander aus, sondern führen und fügen klug zusammen. Jeder von uns ist Teil eines verbindenden Ganzen. Der Blick in andere Länder, hier in Europa oder auch jenseits des Atlantiks zeigt, wohin eine Politik des Populismus, der Egozentrik und der Verkennung von Realitäten führen kann. Das will ich nicht.

Unser Kanzlerkandidat Armin Laschet hat hier in Nordrhein-Westfalen wie kein anderer unter Beweis gestellt, dass er über eine Fähigkeit verfügt, auf die es in diesen Zeiten ankommt: Er führt zusammen und bündelt verschiedene Kräfte.

Genau das ist es, was unser Land braucht.

Lassen Sie uns ihn gemeinsam mit vollem Einsatz unterstützen. Arbeiten wir gemeinsam daran, dass die CDU am 26. September die stärkste Kraft und Armin Laschet Kanzler wird.

Ihr
Josef Hovenjürgen MdL



#unverzichtbar
Kompetente Beratung zu jeder Zeit.

**„Für uns da.
Egal was kommt.
Das beruhigt.“**



EINFACH UNVERZICHTBAR.

Ob Pandemie oder nicht: 19.000 Apotheken leisten täglich einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität.

📍 **Meine Apotheke in Nordrhein-Westfalen.**

www.einfach-unverzichtbar.de

Gemeinsam für ein modernes Deutschland.

Darum bei der Bundestagswahl mit beiden Stimmen CDU:

1.

Die CDU ist die Volkspartei der Mitte, führungserfahren und krisenfest. Mit unserem Regierungsprogramm werden wir sicherstellen, dass Deutschland nach der Krise durchstartet und niemand zurückgelassen wird.

2.

Die CDU steht für Stabilität und Erneuerung. Wir werden die großen Herausforderungen unserer Zeit entschlossen meistern und gemeinsam ein modernes Deutschland gestalten. Wir halten Maß und Mitte. Wir wollen das Gute besser machen.

3.

Die CDU steht für konsequenten Klimaschutz UND sichere Arbeitsplätze. Wir werden Deutschland bis 2045 zu einem klimaneutralen Industrieland machen. Wir denken dabei immer den Dreiklang aus Klimaschutz, wirtschaftlicher Dynamik und sozialer Sicherheit zusammen.

4.

Die CDU entlastet Bürger und Wirtschaft. Wir sorgen für neuen Aufschwung. Wir wollen insbesondere Familien stärken und Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen entlasten. Zugleich stärken wir die Unternehmen mit einem umfangreichen Entfesselungspaket.

5.

Armin Laschet kann Kanzler. Er ist ein erfolgreicher Ministerpräsident und beweist jeden Tag, dass er regieren kann. Armin Laschet hat die Erfahrung, die unser Land gerade jetzt braucht. Er führt zusammen und sorgt dafür, dass Politik niemanden aus dem Blick verliert. Gemeinsam für ein modernes Deutschland.

Gehen Sie am 26. September 2021 von 8 bis 18 Uhr in Ihrem Wahllokal wählen oder wählen Sie vorher schon sicher und bequem per Briefwahl!
Alle Informationen zur Briefwahl finden Sie hier: www.cdu.de/briefwahl

